

Barry McLoughlin (Wien)

»Vernichtung des Fremden«: Der »Große Terror« in der UdSSR 1937/38 Neue russische Publikationen

»1937 war notwendig... Überreste der Feinde verschiedenster Richtungen existierten und sie hätten sich angesichts der drohenden faschistischen Gefahr vereinigen können... Wir verdanken dem Jahr 1937, daß es bei uns während des Krieges keine fünfte Kolonne gab.«
(V. M. Molotov, 1890–1986)¹

I. Einleitung

Vjačeslav Molotov, 1937 der zweite Mann im Sowjetstaat, formulierte als 80jähriger den oben zitierten Satz in einem Interview am 18. Dezember 1970. Seine Äußerung spiegelt nicht nur die Mentalität der Kremlführung im schicksalhaften Jahr 1937 wider, sondern weist zugleich auf die Opfer hin, deren Vernichtung er als Mitglied des Politbüros mit veranlaßt hatte. Mit »Überresten« waren mehrere Gruppen von »Feinden« gemeint: die übriggebliebenen Repräsentanten und Funktionsträger der untergegangenen zaristischen Welt, die sich der Kollektivierung widersetzenen Bauern, versprengte Parteioppositionelle, Offiziere und Soldaten der Weißen Armeen, kirchliche Würdenträger und Laien, die aufgrund ihrer religiösen Überzeugungen oder politischen Einstellungen nicht in das bolschewistische Weltbild paßten. Zur »Fünften Kolonne« wurden sowohl »vertrauensunwürdige«, nichtrussische Ethnien als auch eingewanderte Ausländer gezählt. Das Attribut »fremd« charakterisierte ein weiteres klassisches Feindbild der Bolschewiki: In der Sprache der Partei galten Bürger mit bourgeoiser Herkunft als »fremde Elemente« (*čuzdnye elementy*), also Fremdkörper im Staatsorganismus.

Im vorliegenden Aufsatz wird ein Überblick über die Art und Weise der Annäherung, Verarbeitung und Verallgemeinerung des Gegenstandes in der russischsprachigen

* Die Vorarbeiten für diesen Aufsatz fanden im Rahmen wissenschaftlicher Projekte 1994/95 und 1997/98 statt (Kulturamt der Stadt Wien, »Butovo-Projekt«; Fond zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung, Wien, Projekt Nr. P-11197 HIS). Dafür möchte ich an dieser Stelle folgenden Personen meinen Dank aussprechen: Univ.-Prof. Dr. Moritz Csáky, Dr. Hubert Ch. Ehalt, Dr. Wolfgang Maderthaner und Magistra Monika Maruska. In Moskau stellten mir Lidija Golovkova, Natalja Mussienko, Aleksandr Vatlin, Sergej Žuravlev, Vadim Levickij, Irina Ščerbakova, Nikita Petrov, Ina Šokotova und Ženja Ljubimova Informationen und Material zur Geschichte der Ežovščina zur Verfügung, wofür ich ebenso danke. Schließlich gebührt mein Dank auch Wladislaw Hedeler (Berlin), Reinhard Müller (Hamburg) und Fridrikh Firsov (USA), die mir mit wichtigen inhaltlichen Hinweisen geholfen haben

¹ Sto sorok besed s Molotovym. Iz dnevnika F. Čueva [140 Gespräche mit Molotov. Aus dem Tagebuch von F. Čuev], Moskau 1991, S. 390.

Die letzten Meinungsumfragen zeigen, daß 19–20 Prozent der Befragten Jossif Stalin für den größten Politiker des Landes im 20. Jahrhundert halten, während prowestliche Reformer von Chruschtschow bis Jelzin nur minimale Prozentsätze erreichen.³⁴ Die unumgängliche »Historisierung« der stalinistischen Epoche befreit die Kommunisten von ihrem teilweise auftretenden Minderwertigkeitskomplex, aber dies ist noch keine Grundlage für ein Entkommen der KPRF aus der inneren Emigration. Ihre Perspektive liegt eher im Bereich eines pragmatischen (von sozialen Utopien befreiten) Staatspaternalismus, mit dem zur Zeit die Kommandoebene von Präsident Putin experimentiert.

Zum Schluß eine Frage: Wäre in Rußland ein »wahrer« Kommunismus möglich? Ein Kommunismus mit der Ideologie eines demokratischen Sozialismus, der von Lenin zuerst aus der Partei, danach aus dem Land vertrieben und von Stalin aus dem gesellschaftlichen Bewußtsein ausgelöscht wurde? Die Chancen für seine Wiedergeburt als wichtige gesellschaftspolitische Kraft sind nicht groß – und dafür gibt es eine Reihe von Gründen. Erstens seine genetische Nähe zur bereits getesteten Variante des Kommunismus. Obwohl die KPRF ideologisch weit von den historischen »Menschewiki« entfernt ist, zeigten die Präsidentschaftswahlen von 1996, daß das antikommunistische Syndrom der Russen noch sehr stark ist. Zweitens: Versuche, die Sozialdemokratie zu organisieren, werden nur von Führern aus dem »vergangenen Leben« unternommen (M. S. Gorbatschow, A. N. Jakowlew), was die Popularität ihrer Ideen in der Masse nicht gefördert hat. Und schließlich hat die Weltkonjunktur einen entscheidenden Einfluß, wobei im Moment der wirtschaftliche Liberalismus à la américaine ausreicht. Trotz allem, was die Menschen unter dem Schock ohne Therapie in den letzten zehn Jahren unter Jelzin ertragen mußten, wird es nicht leicht sein, den Glauben in die Selbstgenügsamkeit des Marktes zu zerstören.

Und dennoch überlappen sich die Ideen Putins von einem starken, gutwilligen und strengen Staat mit der Sozialdoktrin der heutigen Sozialdemokratie Westeuropas. Das Erscheinen eines »Schröder-Blair-Putin-Papers« über die Fragen der internationalen Sicherheit im 21. Jahrhundert ist zum Beispiel keineswegs ausgeschlossen. Die Chance Europas, Rußland in seinen Einflußbereich zu integrieren, ist mit dem neuen Herrn im Kreml keineswegs kleiner geworden. Aber um diese zu nutzen, müssen neue Wege der Zusammenarbeit gefunden werden. Die Zeit der freigiebigen Wohltätigkeitskredite aus Dankbarkeit für das Ende des Wettrüstens, die Vereinigung Deutschlands usw. ist längst vorbei. Die Befreiung vom Kommunismus bleibt eine unumgängliche, aber für den Beginn eines neuen Zyklus der Geschichte Rußlands nicht hinreichende Voraussetzung.

Der Aufsatz entstand im Rahmen eines Stipendiums der Alexander von Humboldt-Stiftung. (Übersetzung: Rainer Schmitt)

³⁴ Die letzte Umfrage führte das Allrussische Zentrum zur Untersuchung der gesellschaftlichen Meinung im Sommer 2000 durch (<http://www.nns.ru>).

gen Literatur gegeben und der Erkenntnisfortschritt skizziert, den die Demokratisierung der postsowjetischen Öffentlichkeit mit sich brachte. Daran schließt sich die Analyse von in der russischsprachigen Fachliteratur verbreiteten Erklärungsansätzen für den Rundumschlag in den Jahren 1937/38 an, die im letzten Teil des Aufsatzes (in den Schlußfolgerungen) noch einmal zur Diskussion gestellt werden. Im dritten Teil wendet sich der Autor der außerhalb Rußlands kaum bekannten und erforschten immanenten Dynamik des Großen Terrors zu. Dabei geht er insbesondere auf die Massenoperationen (*massoperacii*) der Polizei ein, denen während des »Großen Terrors« die meisten Menschen zum Opfer fielen. Im vierten Abschnitt stellt der Verfasser jene Volksschichten bzw. Berufsgruppen vor, die in den Jahren des Terrors besonders gefährdet waren, und beschreibt das Ausmaß der Vernichtung, dem sie und bald darauf auch ihre Peiniger und Henker zum Opfer fielen. Ausgespart bleibt der in der deutschsprachigen Fachliteratur detailliert untersuchte Terror gegen »Parteifeinde« in den 30er Jahren.² Die vergleichsweise gut recherchierten Schicksale der Politemigranten werden aus denselben Motiven im folgenden nicht gesondert untersucht.³

Unter Rückgriff auf neue, in Rußland vorgelegte empirische Einzelstudien hält es der Verfasser für zweckmäßiger und wichtiger, die große, unbekannte Menschenmasse,

² Etliche Schlüsseldokumente in diesem Zusammenhang wurden vor 10 Jahren auf Deutsch veröffentlicht; siehe Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (Hg.): *Schauprozesse unter Stalin. Zustandekommen, Hintergründe, Opfer*, Berlin 1990.

³ Besonders im Hinblick auf die deutschsprachige Emigration in die UdSSR sowie auf die Involvierung von Kominternstrukturen in die Massenrepression ist eine Reihe von Werken erschienen, die sich auf russische Archivalien stützen: Müller, Reinhard (Hg.): *Die Säuberung*, Moskau 1936; *Stenogramm einer geschlossenen Parteiversammlung*, Hamburg 1991; ders.: *Die Akte Wehner. Moskau 1937 bis 1941*, Berlin 1993; Weber, Hermann: »Weiße Flecken« in der Geschichte. *Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung*, 2., erw. Auflage, Frankfurt a. M. 1990; Neugebauer, Wolfgang (Hg.): *Von der Utopie zum Terror*, Wien 1994; Huber, Peter: *Stalins Schatten in die Schweiz. Schweizer Kommunisten in Moskau: Verteidiger und Gefangene der Komintern*, Zürich 1994; Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (Hg.): *In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR*, Berlin 1991; Schafranek, Hans: *Zwischen NKWD und Gestapo. Die Auslieferung deutscher und österreichischer Antifaschisten aus der Sowjetunion an Nazideutschland 1937–1941*, Frankfurt a. M. 1990; ders., *Die Betrogenen. Österreicher als Opfer stalinistischen Terrors in der Sowjetunion*, Wien 1991; ders. (unter Mitarbeit von Natalja Mussijenko): *Kinderheim Nr. 6. Österreichische und deutsche Kinder im sowjetischen Exil*, Wien 1998; Tischler, Carola: *Flucht in die Verfolgung. Deutsche Emigranten im sowjetischen Exil – 1933 bis 1945*, Münster 1996; Del', Oleg: *Ot illjuzii k tragedii. Nemeckie emigranty v SSSR v 30-e gody*, Moskau 1997 [deutsche Ausgabe unter dem Titel »Verrätene Ideale«. Berlin 2000]; Weber, Hermann/Mählert, Ulrich (Hg.): *Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953*, Paderborn 1998; Weber, Hermann/Staritz, Dietrich (Hg.): *Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und »Säuberungen« in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißigen Jahren*, Berlin 1993; Saarela, Tauno/Rentola, Kimmo (Hg.): *Communism National and International*, Helsinki 1998; Narinsky, Mikhail/Rojahn, Jürgen (Hg.): *Centre and Periphery. The History of the Comintern in the Light of New Documents* Amsterdam 1996; McLoughlin, Barry/Schafranek, Hans/Szevera, Walter: *Hoffnung – Aufbruch – Endstation. Österreicherinnen und Österreicher in der Sowjetunion 1925–1945*, Wien 1997; DÖW [Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes] (Hg.): *Österreicher im Exil – Sowjetunion 1934–1945. Eine Dokumentation. Einleitung, Auswahl und Bearbeitung; Barry McLoughlin/Hans Schafranek*, Wien 1999.

die im Verfolgungsorkan der *Jeshowschtschina* (*Ežovščina*) zunächst gesellschaftlich und dann auch physisch atomisiert wurde, ins Licht zu rücken. Die Autoren der neuen Veröffentlichungen über den Terror in der UdSSR aus Westeuropa und dem angloamerikanischen Sprachraum sind sich weitgehend darin einig, daß der bisherige Richtungsstreit in der Zunft der Sowjetforscher (z. B. »Totalitaristen« contra »Revisionisten«) nunmehr obsolet und Geschichte ist. Oleg Chlewnjuks Standardwerk über das Politbüro der KPdSU(B) in den 30er Jahren⁴ sowie die von John Arch Getty und Oleg V. Naumov edierte Dokumentensammlung zur »Selbsterstörung« der Bolschewiki zwischen 1932 und 1939⁵ erhärten die These, daß die im Sommer 1937 ausgelösten und im Winter des darauffolgenden Jahres abrupt gedrosselten Repressionswellen von zentraler Stelle aus konzipiert, gelenkt und dosiert wurden.

Viele zu diesem Hauptphänomen des 20. Jahrhunderts forschende und publizierende Historiker stützen sich auf russische Primärquellen und die darauf aufbauenden Monographien, Aufsätze in Fachzeitschriften und Artikel in der Tagespresse, die seit 1991 in der Russischen Föderation erschienen sind. Die neue russischsprachige Literatur über den stalinistischen Terror in den 30er Jahren läßt sich in folgende Gruppen einteilen:

1) Dokumenteneditionen, Monographien und Lexika, die in der Regel von Aktivisten der »Memorial«, Hochschullehrern oder Mitarbeitern der Russischen Akademie der Wissenschaften (RAN) und den Leitungen staatlicher Archive in Moskau und in den Regionen erarbeitet und herausgegeben werden. Besonders hervorzuheben sind jene Studien, die auf Bestände des Zentralen Archivs des Föderativen Sicherheitsdienstes FSB, der Nachfolgeeinrichtung des NKVD/KGB, zurückgreifen. In diesen Publikationen werden folgende Aspekte der stalinistischen Willkürherrschaft behandelt:

– Die sich wandelnde Struktur der sowjetischen Geheimpolizei und die Lebensläufe der Mitarbeiter des zentralen Apparates des NKVD während der Stalin-Ära im Unionsmaßstab und in der Ukraine⁶; die Geschichte der sowjetischen Spionageabwehr, die zugleich eine Geschichte der Lubjanka-Platzes ist⁷; sowie die Korrespondenz der Partei- und Staatsführung in den Jahren 1928 bis 1941.⁸

⁴ Chlewnjuk, Oleg W.: Das Politbüro. Mechanismen der Macht in der Sowjetunion der dreißiger Jahre, Hamburg 1998. Der Band ist umfangreicher als die russische Erstausgabe (Politbjuro. Mechanizmy političeskoj vlasti v 1930-e gody, Moskau 1996).

⁵ Getty, J. Arch/Naumov, Oleg V. (Hg.): The Road to Terror. Stalin and the Self-Destruction of the Bolsheviks, 1932–1939, New Haven and London 1999.

⁶ Pichoja, R. G./Kokurin, A. I./Petrov, N. V.: Lubjanka. VČK-OGPU-NKVD-NKGB-MVD-KGB 1917–1960. Spravočnik, Moskau 1997; Kokurin, Aleksandr/Petrov, Nikita: NKVD: Struktura; funkcii, kadry 1934–43, Svobodnaja mysl', Juni, Juli, August 1997; Petrov, N. V./Skorkin, K. V.: Kto rukovodil NKVD 1934–1941. Spravočnik, Moskau 1999; Šapoval, Juri/Pristaiko, Volodimir/Solotariov, Vadim (Hg.): ČK-GPU-NKVD v Ukrajinі. Osobi, fakti, dokumenti, Kiev 1997.

⁷ Rjabuchina, O. S. (Hg.): Lubjanka 2. Iz istorii otečestvennoj kontrrazvedki, Moskau 1999.

⁸ Kvašonkin, A. V./Košeleva, A. P./Rogovaja, L. A./Chlewnjuk, O. V. (Hg.): Sovetskoe rukovodstvo. Peregiska 1928–1941 gg., Moskau 1999.

- Die Massenverfolgung von Einwohnern deutscher⁹, finnischer¹⁰ griechischer¹¹ und polnischer¹² Nationalität sowie Angehörigen der Roten Armee¹³;
- die historische Entwicklung des GULag-Systems¹⁴;
- die Verfolgung führender exildeutscher und sowjetischer Filmemacher, Theaterleute und Schriftsteller¹⁵;
- Dokumente über das Alltagsleben in den 30er Jahren¹⁶ sowie Briefe der Bevölkerung an die Machthaber, in denen auf Ereignisse aus den Jahren 1918–1932 Bezug genommen wird;¹⁷

2) Publikationen, deren Entstehungsgeschichte mit den Debatten über die Rehabilitierung der Opfer »Stalinscher Repressalien« in Rußland zusammenhängt. Um Material über die repressierten Täter – die unter Stalin verurteilten Chefs des NKVD Jagoda und Ežov – entsprechend aufzubereiten, nehmen Publizisten die »Einladung« von Mitarbeitern des Zentralen Archivs der FSB an und treten als Mitherausgeber entsprechender Publikationen in Erscheinung. Ziel dieser Dokumenteneditionen ist, die Ablehnung der Rehabilitierung der betreffenden »Opfer« zu begründen.¹⁸

3) Ein weiteres Genre bilden populistische Darstellungen, die von ehemaligen KGB-Offizieren¹⁹, Journalisten²⁰ oder Rechtshistorikern²¹ verfaßt sind.

⁹ Ščerbakova, I. L. (Hg.): *Nakazannyj narod. Repressii protiv rossijskich nemcev*, Moskau 1999.

¹⁰ Čuchin, Ivan: *Karelija-37. Ideologija i praktika terrora*, Petrozavodsk 1999.

¹¹ Bugaj, N. F./Koconis, A. N.: »Objazat' NKVD SSSR ... vyselit' grekov«. *O deportacii grekov v 1930 po 1950 gody*, Moskau 1999.

¹² Roginskij, A. u. a. (Hg.): *Repressii protiv poljakov i pol'skich graždan*, Moskau 1997.

¹³ Suverinov, O. F.: *Tragedija RKKA 1937–1938*, Moskau 1998; Smirnov, Nikolaj: *Vplot' do vyszej mery*, Moskau 1997.

¹⁴ Chlusov, M. I./Dmitrenko, V. P. (Hg.): *Ėkonomika GULAGa. Dokumenty i fakty*, Moskau 1999; Ochotin, N. G./Roginskij, A. B. (Hg.): *Sistema ispravitel'no-trudovych lagerej v SSSR, 1923–60. Spravočnik*, Moskau 1998; Ivanova, G. M.: *GULAG v sisteme totalitarnogo gosudarstva*, Moskau 1997; Gorčeva, A. Ju: *Pressa GULAGa, 1918–1955*, Moskau 1996.

¹⁵ Koljasin, V. F. (Hg.): *Vernite mne svobodu! Dejateli literatury i iskusstva Rossii i Germanii – Žertvy stalinskogo terrora. Memorial'nyj sbornik dokumentov is archivov byvšego KGB*, Moskau 1997.

¹⁶ Žuravlev, S. V./Sokolov, A. K.: *Obščestvo i vlast' 1930-e gody. Povestvovanie v dokumentach*, Moskau 1998.

¹⁷ Sokolov, A. K./Žuravlev, S. V./Kabanov, V. V.: *Golos naroda. Pis'ma i otliki rjadovych sovetskich graždan o sobytijach 1918–1932 gg.*, Moskau 1998.

¹⁸ Brjuchanov, B. B./Šoškov, E. N.: *Opravdaniju ne podležit. Ežov i Ežovščina 1936–1938 gg.*, St. Peterburg 1998; Litvin, A. L. (Hg.): *Genrich Jagoda. Narkom vnutrennich del SSSR, Generalnyj komissar gosudarstvennoj bezopasnosti. Sbornik dokumentov*, Kazan 1997.

¹⁹ Šrejder, Michail: *NKVD iznutri. Zapiski čekista*, Moskau 1995; Kovalev, V.: *Raspjatie duha. Sudebnye processy stalinskoj Ėpochi*, Moskau 1997; Nekrasov, Vladimir: *Trinadcat' »železnych« narkomov. Istorija NKVD-MVD ot A. I. Rykova do N. A. Ščelokova 1917–1982*, Moskau 1995; Berežkov, V. I.: *Piterskie prokuratory. Rukovoditeli VČK-MGB 1918–1954*, St. Peterburg 1998; ders., *Iskušeniija čekista Bokija. Večnyj revoljucioner*, St. Peterburg 1999.

²⁰ Stoljarov, Kiril: *Palači i žertvy*, Moskau 1997; Sopol'njak, Boris: *Smert' v rassročku*, Moskau 1998; Mlečin, Leonid: *Predsedateli KGB. Rasskrečennye sud'by*, Moskau 1999.

²¹ Stecovski, Juri: *Istorija sovetskich repressij*, Moskau 1997, Bd. 1 u. 2.

4) Die hier an letzter Stelle genannte, aber für die Darstellung der Terrortechnologie vor Ort in den fürchterlichen Jahren 1937/38 unverzichtbare und einzigartige Quelle stellen die in der deutschsprachigen Fachliteratur so gut wie nicht ausgewerteten Gedenkbücher (*Knigi pamjati*) dar. Sie enthalten neben Erschießungslisten und Kurzbiographien unterschiedlichen Umfangs auch Geheimbefehle des NKVD sowie Darstellungen der landesweiten Parteisäuberungen und Massenverhaftungen. Diese Bände gelangen selten in den Buchhandel und sind auch nicht käuflich zu erwerben. Sie werden an die Familien der Opfer bzw. an Bibliotheken kostenlos verteilt.²²

Im vorliegenden Aufsatz wurden Gedenkbücher aus folgenden Städten und Regionen ausgewertet:

Alma Ata, Altaj, Archangel'sk, Baschkirien, Belarus', Belgorod, Borovichi, Chabarovsk, Chakassien, Irkutsk, Karelien, Kemerovo (2 Bde.), Kursk, Leningrad (6 Bde.), Republik Mari (2 Bde.), Magadan, Moskau (4 Bde.), Nižnij Novgorod (Gorkij, 2 Bde.), Nižnij Tagil, Novokuzneck (Stalinsk, 2 Bde.), Novgorod (5 Bde.), Odessa (2 Bde.), Orel, Orenburg, Pskov (4 Bde.), Rostov am Don, Samara, Sverdlovsk, Tatarstan, Tomsk (5 Bde.), Vladimir, Uljanovsk und Jaroslavl (2 Bde.).

Diese Bücher bilden die Spitze einer »Erkenntnispyramide«, deren Basis die Millionen NKVD-Strafakten sind. Das Gesetz über die Rehabilitierung vom 18. Oktober 1991²³ gewährte den Opfern gewisse soziale und finanzielle Vergünstigungen sowie das Recht, Einsicht in ihre Strafsakte oder die ihrer Angehörigen zu nehmen. Die meisten Opfer waren nicht mehr am Leben, und die Behörden übertrugen die Genehmigung zur Einsichtnahme der Familie bzw. Personen ihres Vertrauens.

Die Strafsakte beginnt mit der »Begründung« für die Verhaftung und endet mit dem Urteilsspruch. Im Zuge der zahlreichen, während der Chruščev-Ära eingeleiteten Rehabilitierungsverfahren fügte man diesem Teil der Akte einen zweiten hinzu²⁴ – er enthält die Berichte der mit dem jeweiligen Fall befaßten Militär- und KGB-Juristen.

Der zweite Teil der Strafsakte hat deshalb einen hohen historischen Erkenntniswert,

²² Angesichts der Fülle und Verfügbarkeit dieser Druckerzeugnisse steht der – in noch krasserem Ausmaß der ausländische – Forscher vor dem Problem, daß fast alle oben erwähnten Publikationen in relativ kleinen Auflagen gedruckt werden, selten eine Zweitaufgabe erfahren und schnell aus den Buchhandlungen verschwinden. Erschwerend kommt hinzu, daß, da kein landesweites Vertriebssystem für den Buchhandel zu bestehen scheint, jene Bücher, die außerhalb der russischen Hauptstadt verlegt werden, nur über »Beziehungen« zu erhalten sind. Moskau verfügt allerdings über zwei exzellente Bibliotheken, die alle Publikationen zum Thema sowjetische Repression sammeln und interessierten Lesern ohne den sonst in Rußland vorherrschenden bürokratischen Aufwand zugänglich machen. Gemeint sind in erster Linie die Gedenkbüchersammlungen, die in der Bibliothek des Sacharow-Zentrums (Zemljanoi Val 57/6) bzw. des Archivs von »Memorial« (Malyj Karetnyj per. 12) aufbewahrt und laufend ergänzt werden.

²³ Zajcev, E. A. (Hg.): *Sbornik zakonodatel'nych i normativnych aktov o repressijach i reabilitacii žertv političeskich repressij*. Izdanie Verchovnogo Soveta Rossiiskoj Federacii, Moskau 1993, S. 194–204.

²⁴ Während rund 721 000 Opfer in den Jahren 1954 bis 1961 rehabilitiert wurden (Istočnik 1, 1995, S. 121), versiegte der Wiedergutmachungswille unter Brežnev. Fälle, die ab Ende der 80er Jahre wieder aufgerollt werden, erfahren selten eine genaue Prüfung, sondern werden en masse abgefertigt, soweit es sich um von einer außergerichtlichen Instanz Verurteilte handelt.

weil die untersuchenden Beamten zwischen 1954 und 1964 oft »ganze Arbeit« leisteten. Sie prüften nicht nur die Stichhaltigkeit der 1937/38 angefertigten Dokumente (Begründung der Verhaftung, Protokolle der Verhöre und Gegenüberstellungen, Anklageschrift usw.), sondern suchten nach Querverweisen in anderen Opferakten (besonders im Falle von Anklagen ganzer Gruppen) und befaßten sich außerdem mit den Strafakten der Täter. Nicht selten kamen die einst verhörenden Mitarbeiter des NKVD kurze Zeit später selber unter die Räder und mußten in der Untersuchungshaft aussagen. Ehemalige NKVD-Chargen wurden ebenfalls der psychischen und körperlichen Folter ausgesetzt, um erfundene Anklagen (»Mitgliedschaft in einer konterrevolutionären Organisation innerhalb der Sicherheitsorgane«) zu untermauern. Sie berichteten auch über den konkreten Verlauf der Massenverhaftungen (*massoperacii*) vom Sommer 1937 bis Winter 1938/39, doch ihre Aussagen sind mit Vorbehalt zu betrachten.

Außerdem wurden ehemalige Geheimpolizisten – meist handelte es sich um entlassene oder gar abgestrafte Mitarbeiter – zu Rehabilitierungsverfahren hinzugezogen. Nicht selten konfrontierte man sie mit kompromittierenden Aussagen des überlebenden Opfers, es ging um eindeutige Vorwürfe wie Folter, Fälschung von Verhörprotokollen, Diebstahl von persönlichen Wertsachen und Wohnungsmobiliar und dergleichen mehr. Schließlich wandten sich die Juristen einem weiteren Personenkreis zu, nämlich jenen Menschen, die das Opfer 1937/38 gut gekannt und/oder belastet hatten.

NKVD-Strafakten (*sledstvennyje dela*) sind der Forschung nicht in jedem Falle zugänglich. Nur mit einer von den Angehörigen ausgestellten und notariell beglaubigten Vollmacht erhält der Forscher Akteneinsicht. Dieselbe Prozedur gilt übrigens für alle anderen, dem Opfer zuzuordnenden Unterlagen wie Gefängnisakte, Gulag-Akte und Kaderakte.

Das Rehabilitierungsgesetz vom Oktober 1991 kam den Forderungen der demokratischen Öffentlichkeit auch insofern entgegen, als es dem FSB, der Nachfolgeorganisation des NKVD bzw. KGB, in der Tat historische Pflichten auferlegte. Erstens mußte der FSB den Opferfamilien mitteilen, wann und wo der Häftling verstorben war und wo die Grabstelle liegt; zweitens hatten sie dafür zu sorgen, daß ungesetzliche Handlungen von Beamten des NKVD und der Staatsanwaltschaft (*prokuratura*) aufgedeckt und Berichte darüber in Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht werden. Ein vom Obersten Sowjet der Russischen Föderation am 30. März 1992 erlassener Beschluß verfügte, daß überall im Lande Rehabilitierungskommissionen zu bilden sind, die Gedenkbücher mit Listen der Hingerichteten veröffentlichen sollten.²⁵ So wurden örtliche und zentrale FSB-Leitungen zu einer großangelegten Geschichtsaufarbeitung per Gesetz verpflichtet. Mit Freiwilligengruppen der Opferverbände und lokalen Gebietskörperschaften setzten Beamte des FSB somit eine Zusammenarbeit fort, die ihren Anfang unter Gorbačev genommen hatte. Der Oberste Sowjet der UdSSR hatte

²⁵ Olovjanov, Ju. V. (Hg.): Ne predat' zabveniju. Kniga pamjati repressirovannyh v 30–40e i načale 50-ch godov, tom 1, Jaroslavl' 1993, S. 420–422.

bereits zu Beginn des Jahres 1989 angeordnet, daß Orte, an denen Hinrichtungen stattgefunden hatten, lokalisiert und Denkmäler errichtet werden sollten.²⁶

Diese Kooperation zwischen den Hütern des Gesetzes und den Aktivisten der Menschenrechtsorganisationen geht auch auf ganz praktische Überlegungen zurück. Die für Öffentlichkeitsarbeit oder die Archive zuständigen FSB-Mitarbeiter waren weder zahlenmäßig noch ihrer Ausbildung nach in der Lage, die Aktenberge zu sichten, und die Daten zwecks Publikation rechnergestützt zu erfassen. Es gibt heute noch solche Kooperationsprojekte, aber in vielen Regionen sind die Archive der lokalen Verwaltungen des FSB aufgelöst, und die dort aufbewahrten Strafakten den staatlichen Archiven übergeben worden.²⁷

Nicht minder aussagekräftig sind interne Dokumente des NKVD und der Staatspartei KPdSU(B), die gleichzeitig mit den Gedenkbüchern in Zeitungen und populären Zeitschriften vorgestellt worden sind. Einige Politbürobeschlüsse zur Vorbereitung der Massenverfolgung von ehemaligen Kulaken, gläubigen Bürgern, Geistlichen und Kriminellen sind zusammen mit dem entsprechenden NKVD-Befehl (Nr. 00447) bereits 1992 veröffentlicht worden.²⁸ Ežovs Rücktrittsschreiben (23. November 1938) und dessen Bestätigung durch das Politbüro wurden ebenfalls 1992 abgedruckt.²⁹ Zwei Jahre darauf erschienen Auszüge aus der Strafanklage gegen Ežov und eine Darstellung seiner Haftzeit in Suchanovka, einem Gefängnis mit besonders strengem Haftregime, dessen Bau Ežov persönlich angeordnet hatte.³⁰ 1994 folgten Auszüge aus dem Protokoll des »Gerichtsverfahrens« gegen ihn, einschließlich seiner Loyalitätsbeteuerungen gegenüber Stalin.³¹

Später wurden Befehle des NKVD, die andere Massenoperationen auslösten, deklassifiziert und veröffentlicht:

Gegen Russischstämmige, die aus der nordchinesischen Stadt Charbin repatriiert wurden,³² gegen die Ehefrauen und Kinder von »Vaterlandsverrätern«³³ sowie gegen Deutsche³⁴, Polen³⁵ und Letten.³⁶

²⁶ Zajcev: Sbornik, S. 186–187.

²⁷ Wie etwa das Archiv der Moskauer Verwaltung des NKVD, das sich nun im Staatsarchiv der Russischen Föderation GARF befindet. Für eine Beschreibung des Bestandes siehe Mironenko, S. V.: *Putevoditel' tom 3. Fondy Gosudarstvennogo archiva Rossijskoj Federacii po istorii SSSR*, Moskau 1997, S. 350.

²⁸ Trud, 4. Juni 1992. Die darin wiedergegebenen ersten Zahlen des Befehles Nr. 00447 sind unvollständig, da einige Spalten für ukrainische Gebiete leer blieben. Der komplette Text des Befehls ist nachzulesen in: Zolotov, Ju. M. (Hg.): *Kniga pamjati žertv političeskich repressij*, Uľ'janovsk 1996, S. 776–780. Hinsichtlich zusätzlicher Politbüro-Beschlüsse im Zusammenhang mit Befehl Nr. 00447 sowie Anträge an die Kremlführung, die »Quoten« für die eine oder andere Provinz erhöhen zu dürfen, siehe *Moskovskie Novosti*, Nr. 25, 21. Juni 1992; *Isvestija*, 3. April 1996.

²⁹ *Istoričeskij Archiv*, 1, 1992, S. 129–131.

³⁰ *Volja. Žurnal uznikov totalitarnych sistem* (Moskau), Nr. 2–3, 1994, S. 87–100, 101–132.

³¹ *Moskovskie Novosti*, Nr. 5, 30. Januar 1994.

³² *Memorial-Aspekt*, Nr. 1, Juli 1993, S. 2, Order Nr. 00593 vom 20. September 1937.

³³ Zajcev: Sbornik, S. 86–93, Order Nr. 00486 vom 15. August 1937.

³⁴ Razumov, A. Ja.: *Leningradskij Martirolog, 1937–1938*, Bd. 2, Oktjabr 1937, St. Petersburg 1996, S. 452 bis 453, Order Nr. 00439 vom 25. Juli 1937.

Das Plenum des ZK der KPdSU(B) vom Februar-März 1937 ist ein weiteres Dokument, das die Planung des Terrors erklärt. Auf dem Plenum wurde die These des Politbüros, im ganzen Land sei eine riesige Verschwörung im Gange, bestätigt.³⁷

II. Gründe für den Vernichtungsrundumschlag

Von den mehr als 1,5 Millionen durch das NKVD 1937/38 verhafteten Personen wurden 87 % unter politische Anklage (Artikel 58 des Strafgesetzbuches) gestellt. Die Hälfte aller in diesen vierundzwanzig Monaten verurteilten Untersuchungs- und GULAG-Häftlinge (1 344 923) wurde zum Tode durch Erschießen verurteilt. Gegenüber den zwei vorangegangenen Jahren war die Anzahl der Inhaftierten um das Fünffache und jene der Verurteilten um das Zweieinhalbfache gestiegen. Besonders eklatant war die Zunahme der Hinrichtungen: von 2 347 auf 681 692. Außerdem verdoppelte sich die Gesamtzahl der Häftlinge (in Arbeitslagern, Arbeitskolonien und Gefängnissen) von 1 auf 2 Millionen.³⁸

Die überwiegende Mehrheit aller politischen Urteile wurde von außergerichtlichen Instanzen gefällt: Zweier- bzw. Dreiergremien (*dvojki, trojki*), die in Abwesenheit des Angeklagten tagten. Mitgliedern der *Nomenklatura* (der Partei, des Staats- und Wirtschaftsapparates, der Armee und der Geheimpolizei) wurde in den Schnellverfahren vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichts (MKOG) die Möglichkeit einer Stellungnahme eingeräumt. Zwischen dem 1. Oktober 1936 und dem 30. September 1938 verhängte das in 60 Städten tagende MKOG 30 514 Todesurteile (84 % aller Urteile).³⁹

Dem gegenwärtigen Forschungsstand zufolge gingen fast 82 % aller 1937/38 verhängten Todesurteile auf das Konto folgender Massenoperationen des NKVD:

³⁵ Ebenda, S. 454–456, Order Nr. 00485 vom 11. August 1937.

³⁶ Ochotin, Nikita/Roginskij, Arsenii: »Latyškaja operacija« 1937–1938 godov: archivnye kommentarii, 30 Oktjarbja, Nr. 4/2000, S. 5, Chiffrierte Telegramme von Ežov, 23. und 30. November 1937.

³⁷ Für die Protokolle siehe Voprosy Istorii, 1992–1995 bzw. Getty/Naumov: *The Road to Terror*, S. 369–411.

³⁸ Ich beziehe mich auf die noch gültigen Zahlen aus dem Jahr 1953 (GARE, 9401/1/4157: 201–205), die laut Bericht der Untersuchungskommission des ZK der KPdSU (Vorsitz: N. Švernik) aus dem Jahr 1963 »unvollständig« sind (Vestnik 1, 1995, S. 120). Zur Diskussion über die Verlässlichkeit sowjetischer Repressionsstatistiken siehe Getty/Naumov: *The Road to Terror*, S. 587–594; V. P. Popov: »State Terror in Soviet Russia, 1923–1953 (Sources and Their Interpretation)«, *Russian Social Science Review*, 5 (35), September-October 1994, S. 48–70; Getty, J. Arch/Rittersporn, Gábor T./Zemskov, Viktor N.: *Victims of the Soviet Penal System in the Pre-war Years: A First Approach on the Basis of Archival Evidence*. In: *The American Historical Review*, 4 (98), 1993, S. 1017–1049.

³⁹ Krasnaja Zvezda, 8. April 1989, zit. in Robert Conquest: *The Great Terror. A Reassessment*, London 1990, S. 283.

Tabelle 1:
Anzahl der außergerichtlichen Todesurteile nach NKVD-Massenoperationen, August 1937 – November 1938

»Anti-Kulaken«-Operation	386 798 ⁴⁰
»Polnische« Operation	111 091 ⁴¹
»Deutsche« Operation	41 898 ⁴²
»Lettische« Operation	16 573 ⁴³
Insgesamt	556 360

Der Anteil (nicht die absolute Zahl) der Funktionsträger und anderer Mitglieder der Eliten unter den Erschossenen war relativ gering. Der Terror richtete sich in der Hauptsache gegen die »unbelehrbaren Feinde« der Sowjetmacht (z. B. »Kulaken«) sowie die »verdächtigen Ausländer«. Diese Annahme teilt auch Oleg Chlewnjuk, der die Opfer drei ungleich großen Gruppen zuordnet: 1) Führungskräfte der Partei sowie des Staats- und Wirtschaftsapparates (»Revolution der Kader«), 2) »fünfte Kolonne« (Ausländer) und 3) »einfache Bürger«.⁴⁴

Obwohl die Beantwortung der Frage, warum die Maschinerie des Massenterrors gerade Anfang August 1937 in Gang gesetzt wurde, heute ungleich leichter fällt als vor 1991, bleiben viele Fragen offen. Dies trifft in erster Linie auf die vieldiskutierte Frage nach der Motivation Stalins zu. Der Autor vertritt die These, daß der sowjetische Diktator immer mehr Macht in seinen Händen konzentrierte. Zum Beispiel wurde die drakonische »Lex Kirov« vom 1. Dezember 1934, die Todesurteile für »terroristische Akte« unter Ausschluß von Revisionsverfahren vorschrieb, von Stalin selbst verfaßt und erst zwei Tage später vom Politbüro bestätigt.⁴⁵ Die Bestellung Ežovs zum neuen NKVD-Kommissar im September 1936 wurde ebenfalls nicht in einer Sitzung des Politbüros beschlossen, sondern von Stalin und Ždanov aus ihrem Urlaubsort Soči angeordnet und erst am 11. Oktober vom Politbüro formell bestätigt.⁴⁶ 1936 tagte das Politbüro lediglich neunmal, während es 1931–94 Sitzungen abgehalten hatte.⁴⁷ An die Stelle formeller Sitzungen der KPdSU(B)-Führung trat zunehmend das Umfrageverfahren (*opros*), d. h. die Bestätigung für Stalins Entschlüsse

⁴⁰ Petrov, Nikita: Tod nach Plansoll: Der operative NKVD-Befehl Nr. 00447, S. 18 (Ms.), Beitrag zur Konferenz »Stalinistischer Terror, Massenrepressalien, GULAG«, Institut für Sozialforschung, Hamburg, 20. – 21. Februar 1998.

⁴¹ Roginskij: Repressii protiv poljakov, S. 40.

⁴² Ščerbakova: Nakazannyj narod, S. 63.

⁴³ Ochotin/Roginskij: »Latyšskaja operacija«, S. 5.

⁴⁴ Chlewnjuk: Das Politbüro, S. 250, 256.

⁴⁵ Tucker, Robert C.: Stalin in Power. The Revolution from Above 1928–1941, New York and London 1990, S. 297, 646; Chlewnjuk, Das Politbüro, S. 191.

⁴⁶ Getty/Naumov: The Road to Terror, S. 276.

⁴⁷ Chlewnjuk: Das Politbüro, S. 377.

holte man telefonisch oder schriftlich ein.⁴⁸ Diese Änderung im Arbeitsstil Stalins ging mit einer immer engeren Zusammenarbeit mit Ežov einher, der nicht einmal Mitglied des Politbüros war. In den Jahren 1937/38 war er zweithäufigster Besucher des Kremlführers (1 111 Stunden), in dieser Hinsicht nur vom Premierminister Molotov (1 454 Stunden) übertroffen.⁴⁹ Stalin und Ežov arbeiteten gemeinsam ein »theoretisches« Konvolut aus, das als ideologische »Begründung« für die Anklagen in den drei großen Schauprozessen (1936, 1937, 1938) diente.⁵⁰

Die Machthaber im Kreml betrachteten die Sowjetunion als belagerte Festung. Diese »Wagenburgmentalität« dürfte Stalin zu operativen Repressionsmaßnahmen gegen »Ausländerenklaven« in seinem Herrschaftsbereich veranlaßt haben. 1937 wuchs die Gefahr eines in der UdSSR seit jeher befürchteten Zweifrontenkrieges. Deutschland, der militärische Hauptfeind im Westen, schloß 1936 den Anti-Komintern-Pakt mit Japan. Es entstand die Achse Berlin – Rom, Deutschland besetzte das Rheinland und begann, die Faschisten im Spanischen Bürgerkrieg tatkräftig zu unterstützen. Keiner dieser Verstöße gegen den Versailler Vertrag wurde von den westlichen Demokratien geahndet. Moskau mußte zur Kenntnis nehmen, daß sein seit 1935 sorgfältig lanciertes Verständigungsangebot an das Hitler-Regime von diesem im März 1937 brüsk abgewiesen worden war.⁵¹

Gleichzeitig führten die Japaner in China einen Eroberungskrieg, der immer wieder Grenzscharmützel zwischen japanischen und sowjetischen Streitkräften in der Mandschurei auslöste und erst 1939 mit dem Sieg der Roten Armee bei Chalkin Gol entschieden wurde.

Während im kruden Freund-Feind-Denkschema des NKVD Deutsche (ab 1938 auch Österreicher) sowie alle »orientalischen« Minderheiten (vorwiegend Koreaner und Chinesen) in diesem Vorkriegsszenario zu verdächtigen Subjekten mutierten, galten Polen seit der Zarenherrschaft als besonders russenfeindlich. Diese auch von sowjetischer Seite übernommene und durch den verlorenen Krieg gegen Polen 1920 verstärkte Grundstimmung erhielt in den 30er Jahren zusätzliche Nahrung, nachdem der autoritär regierte Nachbar nicht nur einen von Moskau vorgeschlagenen Zustandspakt in bezug auf die baltischen Staaten abgelehnt, sondern auch ein Nichtangriffsabkommen mit Nazi-Deutschland Anfang 1934 abgeschlossen hatte.⁵² Ein weiterer aktueller Beweggrund für die Auslösung der Massenverhaftungen im Sommer 1937 war die Nichterfüllung der Planvorgaben. Die Wachstumsraten in der Industrie stagnierten, und man kämpfte gegen die Auswirkungen der Mißernte des Jahres

⁴⁸ Chlevnjuk: Politbjuro. Mechanizmy, S. 164.

⁴⁹ Ders.: Das Politbüro, S. 380.

⁵⁰ Siehe ausführlich dazu: Hedeler, Wladislaw: Jeshows Szenario. Der Moskauer Schauprozess 1938. In: *Mittelweg* 36, Jg. 7, April-Mai 1998, S. 61–75.

⁵¹ Roberts, Geoffrey: *The Soviet Union and the Origins of the Second World War. Russo-German Relations and the Road to War*, London 1993, S. 21–48.

⁵² Ebenda, S. 16–18.

1936, womit ein Vorwand für eine erneute Jagd nach »Saboteuren« und »Schädlingen« gegeben war.⁵³ Im Betrieb *Rostsel'maš* (Rostov am Don), dem landesweit größten Hersteller von Landwirtschaftsmaschinen, wurden z. B. Produktionsprobleme aufgrund des Mangels an Rohstoffen und Fachkräften sowie der durch die Stachanowismus-Manie hervorgebrachten Desorganisation in den Werkshallen nicht rationell behoben, sondern statt dessen eine Serie von Sammelanklagen gegen Gruppen erhoben. Die lokale NKVD-Verwaltung erfand »Verschwörungen«, denen zwei Werkleitungen und drei Leitungen der Bezirksparteiorganisation zum Opfer fielen. Deren Mitglieder wurden in auswärts tagenden Sitzungen des Militärkollegiums zum Tode verurteilt und hingerichtet. Ähnlich erging es vielen Facharbeitern, andere Betriebsangehörige erhielten GULag-Strafen und einige wurden sogar Ende der 40er Jahre aufgrund der ersten Anklage erneut verhaftet.⁵⁴

Eine dritte Ursache für die *Jeshowschtschina* findet man im Protokoll des Februar-März-Plenums des Zentralkomitees 1937. Die meisten Beiträge spiegelten den weitgehenden Konsens in den Führungsgremien der Bolschewiki wider. Es ist die Rede davon, daß traditionelle »antisowjetische Elemente« zur verstärkten Agitation übergehen und den bolschewistischen Alleinherrschaftsanspruch in Frage stellen. Vergleichbare Behauptungen kamen schon früher von lokalen Sowjetbehörden und beunruhigten die Regierung während der Diskussionen über die neue Verfassung von 1936. Das neue Grundgesetz sah vor, daß gewisse Gesellschaftsschichten, in erster Linie Geistliche und vermeintliche Anhänger des Zarensystems, denen in den 20er Jahren das Wahlrecht entzogen worden war, nun wieder von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen durften. Die Gegner dieser Demokratisierung fürchteten, daß die »feindlichen Elemente« bei der für Dezember 1937 geplanten und offenen Wahl zum Obersten Sowjet die kommunistischen Kandidaten entmachten würden. Auch der Druck von unten führte schließlich dazu, daß man auf offene Listen verzichtete und nur einen Kandidaten per Wahlkreis zuließ. Die Kehrtwendung wurde aber erst am Vortag der Wahlen bekanntgegeben.⁵⁵ Zu diesem Zeitpunkt – Dezember 1937 – war übrigens die Mehrheit potentieller »Störenfriede« schon längst verhaftet und abgeurteilt worden. Zwischen dem 5. und 31. August wurden im Zuge der »Anti-Kulaken«-Operation (Befehl Nr. 00447) der Geheimpolizei 150 000 Urteile gefällt und 30 000 Menschen erschossen.⁵⁶

In den Augen der Strafverfolgungsorgane bildeten auch die 1,5 Millionen ehemali-

⁵³ Manning, Roberta T.: The Soviet Economic Crisis of 1936–1940 and the Great Purges. In: Getty, J. Arch/Manning, Roberta T. (Hg.): *Stalinist Terror. New Perspectives*, Cambridge 1993, S. 116–129, 137–141.

⁵⁴ Vesel'nickij, I. M. (Hg.): »Krasnoe koleso« pereechalo i čerez »Rostsel'maš« (Chronika terrora 30–ch godov). *Kniga pamjati žertv političeskich repressij rabotnikov »Rostsel'maša«*, Rostov am Don 1999, S. 3–14.

⁵⁵ Getty, J. Arch: State and Society under Stalin: Constitution and Elections in the 1930 s. In: *Slavic Review*, 1 (50) 1991, S. 18–35.

⁵⁶ Ochotin, N./Roginskij, A.: *Repressii 1937 goda. Iz istorii »nemeckoj operacii« NKVD 1937–1938 gg.* In: Ščerbakova, Nakazannyj narod, S. 35–75, hier S. 38.

ger Kommunisten, die seit 1922 aus der KPdSU(B) ausgeschlossen worden waren, ein Reservoir von »Unzuverlässigen«. Diese Gefahr »von innen« hob Malenkov Mitte Februar 1937 in einem Brief an Stalin hervor: In der Lokomotivfabrik in Kholmna stünden 1 408 Parteimitgliedern 2 000 ehemalige Kommunisten gegenüber, während im Moskauer Kugellagerwerk das Zahlenverhältnis 452 zu 1 084 betrage.⁵⁷

Die Redner auf dem zehn Tage später eröffneten ZK-Plenum wiesen auf weitere »feindliche« Bevölkerungsgruppen hin, die im selben Jahr vernichtet werden sollten:

1. die aus dem sibirischen Exil entlassenen und heimgekehrten »Kulaken«, die angeblich die Rückgabe ihrer Landstücke forderten;

2. »untergetauchte Kulaken« die ihre »antisowjetische Tätigkeit« in Industriebetrieben und in Großstädten fortsetzten;⁵⁸

3. die Dorfpriester (*popy*), erklärte Ždanov auf dem Plenum, würden im Hinblick auf die Wahlen im Dezember 1937 politische Gruppen um sich scharen, um – anti-kommunistische – Gegenkandidaten aufzustellen.⁵⁹ Jaroslavskij, Vorsitzender des *Bundes der Gottlosen*, führte aus, im Land seien 39 000 religiöse Organisationen mit mehr als einer Million Aktivisten einschließlich Ortsgemeinden der Orthodoxen Kirche registriert, die nicht selten der Vorsitzende des *Kolchos* leite.⁶⁰ Dieses recht düstere Bild der Effektivität atheistischer Propaganda war einem kleinen Kreis der Parteiführung bereits aus anderer Quelle bekannt: Laut der im Januar 1937 durchgeführten und bald zur Geheimsache erklärten Volkszählung hatten 55 Millionen Menschen, d. h. 57 % der Bevölkerung über 16 Jahre, sich als »Gläubige« deklariert.⁶¹ Wie »Kulaken« oder Kriminelle (und andere gesellschaftliche Außenseiter) standen auch Anhänger von religiösen Gruppen und Kirchen an prominenter Stelle in der Opferstatistik der Jahre 1937/38.⁶²

Offizielle Reden der Parteiführer spiegelten die Wirklichkeit anders wider. Stalin und seine Mitstreiter verstanden es meisterlich, dem Volk »gemischte« Signale zukommen zu lassen; im Kontext gewisser Liberalisierungstendenzen nach 1934 (z. B. die Abschaffung der Lebensmittelrationierung) äußerten sie beruhigende *Bonmots*. Erinert sei hier an Stalins berühmten Ausspruch »Es lebt sich besser, Genossen, es lebt sich fröhlicher, und wenn es sich froh lebt, dann geht die Arbeit gut vonstatten« vom 17. November 1935.⁶³

⁵⁷ Khlevniuk, Oleg: The Objectives of the Great Terror, 1937–1938. In Julian Cooper a. o. (Hg.): Essays in Honour of R. W. Davis, London 1995, S. 158–176, hier S. 159–160.

⁵⁸ Voprosy Istorii, 6, 1993, S. 6, 25, 27.

⁵⁹ Voprosy Istorii, 5, 1993, S. 4–5.

⁶⁰ Ebenda, S. 14–15

⁶¹ Žiromskaja, V. B./Kiselev, I. N./Poljakov, Ju. A.: Polveka pod grifom »sekretno«: Vsesojuznaja perepis' naselenija 1937 goda, Moskau 1996, S. 98, 100.

⁶² Für die Moskauer Region siehe Golovkova, Lidija: Svjaščennoslužitelji i mirjane, za veru i cerkov' v Butovo postradavšie. In: Golovkova: Butovskij poligon, vypusk vtoroj, S. 16–30.

⁶³ Stalin, J.: Fragen des Leninismus, Moskau 1947, S. 604 (Rede vor Stachanowisten).

Es lassen sich zwei für die Durchführung der Massenrepression wesentliche Komponenten benennen, zu denen unterschiedliche Signale ausgestreut wurden – sie betrafen die Vollmachten der Polizei und die Bestimmung der Feindbilder. Nach der Beendigung der Kampagne gegen »bürgerliche Spezialisten« in der Industrie im Sommer 1931 erließ das Politbüro einen Beschluß, der Schutz vor willkürlichen Arrestpraktiken bieten sollte. Für die Verhaftung von Parteimitgliedern war das Einverständnis des ZK einzuholen, für wichtige Mitarbeiter von Ministerien (einschließlich Armeeoffiziere) die Sanktion des zuständigen Volkskommissars. Außerdem wurde die OGPU angewiesen, die Untersuchungshaft in politischen Fällen auf maximal drei Monate zu beschränken.⁶⁴ Diese »rechtsstaatliche Verbesserung« wurde durch ein von Stalin und Molotov am 17. Juni 1935 unterzeichnetes Dekret bestätigt.⁶⁵ Vyšinskij, der während der Massenoperationen des NKVD die Staatsanwaltschaft in Haftfällen von ihrer Aufsichtspflicht suspendierte, war zunächst bestrebt gewesen, sich als Hüter zivilisierter Rechtsnormen in Szene zu setzen. Auf der Februar-März-Tagung des ZK 1937 geißelte er die Neigung von Staatsanwälten und Chefs örtlicher NKVD-Dienststellen, sich bei der Untersuchung von Verbrechen allzusehr auf das »Geständnis« des Angeklagten zu verlassen und die Meinung von Experten und Zeugen zu ignorieren. Darüber hinaus kritisierte er illegale Vernehmungspraktiken des NKVD, insbesondere die Manipulation der Verhörprotokolle zum Schaden des Häftlings.⁶⁶ Vyšinskij's diesbezügliche Aussagen gleichen Irrlichtern, denn das Auftreten des Hauptstaatsanwaltes auf dem Plenum diente dem Zweck, den anwesenden ehemaligen NKVD-Kommissar Jagoda kurz vor seiner Verhaftung zu diskreditieren. Vyšinskij widersprach sich selbst, denn er hatte kurz zuvor eine »Theorie« entwickelt, die er 1937 auch veröffentlichte, welche »objektive Beweise« ab- und Geständnisse bei Anklagen politischer Natur aufwertete.⁶⁷ Seine tatsächliche Auffassung vom Recht kam zum Ausdruck, als er noch im März 1937 Parteiaktivisten der Generalstaatsanwaltschaft der UdSSR folgenden Rat erteilte: »Wir müssen die Weisung des Genossen Stalin in Erinnerung behalten, daß es in unserem Leben und im Leben unserer Gesellschaft Perioden und Momente gibt, wo sich Gesetze als obsolet erweisen und es notwendig ist, sie außer Kraft zu setzen.«⁶⁸

Stalins Feindbilder paßten sich der jeweiligen politischen Krise an, bis sie 1937 allumfassend wurden. Sie standen in gewissem Widerspruch zur Theorie vom bereits »verwirklichten« sozialistischen Staat, die davon ausging, daß gesellschaftliche Widersprüche der Vergangenheit angehörten. Auf dem XVII. Parteitag der KPdSU(B) 1934 prägte Stalin den Satz: »Die Liquidierung der parasitären Klassen hat zum Verschwinden der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen geführt.«⁶⁹

⁶⁴ Chlevnjuk: Politbjuro. *Mechanizmy*, S. 55–56.

⁶⁵ Getty/Naumov: *The Road to Terror*, S. 187–188.

⁶⁶ *Voprosy Istorii*, 2, 1995, S. 11–14.

⁶⁷ Solomon, Peter H. Jr.: *Soviet Criminal Justice under Stalin*, Cambridge 1996, S. 237.

⁶⁸ Stecovskij: *Istorija sovetskich repressij*, Bd. 1, S. 131.

⁶⁹ Stalin: *Fragen des Leninismus*, S. 553.

Zwei Jahre später hob er auf dem Sowjetkongreß mit Blick auf die neue Verfassung hervor, daß es in der UdSSR keine antagonistischen Klassen mehr gibt und die Gesellschaft aus zwei befreundeten Klassen, aus Arbeitern und Bauern, besteht.⁷⁰ Er griff beim Sowjetkongreß 1936 auf das Homogenitätsargument zurück, um seine Zuhörer davon zu überzeugen, daß sie vom Wahlrecht für »Weißgardisten, Kulaken und Popen« nichts zu befürchten hätten. Seine besänftigenden Worte waren zweideutig, da sie Elemente gängiger Feindbildkonstruktionen beinhalteten: »Wer sich vor Wölfen fürchtet, der gehe nicht in den Wald.«⁷¹

In Wirklichkeit behielt Stalin die »Wölfe« (Feinde) stets im Visier. Seine Rede vor dem Januar-Plenum des ZK der KPdSU(B) 1933 schloß die pseudomarxistische These ein, die wachsende Stärke der sozialistischen Gemeinschaft würde zunehmenden Widerstand seitens der »absterbenden Klassen« hervorrufen.

Diese Feinde könnten, zusammen mit längst verbotenen politischen Gruppierungen und aus der Partei ausgeschlossenen Splittergruppen »zu Vorstößen in anderen, schärferen Formen übergehen«. Man müsse dies, so Stalin weiter, »im Auge behalten, wenn wir mit diesen Elementen schnell und ohne besondere Opfer Schluß machen wollen«.⁷²

Fragmente dieser Äußerungen über die »Feindesallianz« finden sich im verbreiteten Text von Stalins Rede vor Absolventen der Akademien der Roten Armee, gehalten im Kremlpalast am 4. Mai 1935, wieder. Er kriminalisierte die Gegner des überhöhten Industrialisierungstempos: »Sie drohten uns mit der Entfaltung eines Aufstandes in der Partei gegen das Zentralkomitee. Mehr noch: sie bedrohten manchen von uns mit Kugeln.«⁷³ Die Äußerungen Stalins auf dem Februar-März-Plenum 1937 über die »Feinde« sollten den Eindruck erwecken, daß niemand vor Verhaftung und Verfolgung sicher war. Er wiederholte die These vom Januar 1933 über den Konnex zwischen sozialistischen Errungenschaften und zunehmenden feindlichen Aktivitäten⁷⁴ und lieferte seinen bis dahin umfangreichsten Feindeskatalog: »Trotzkistische Schädlinge«, die im Auftrag feindlicher Staaten einige Staats- und Parteistrukturen bereits infiltriert hatten;⁷⁵ Überreste der besiegten Ausbeuterklassen, die in Verzweiflung um sich schlagen;⁷⁶ und »Schädlinge«, die ihre »wahren« Absichten verheimlichen, indem sie den gewissenhaften Arbeiter imitieren.⁷⁷ Solche beliebig dehnbaren Kategorien subsu-

⁷⁰ Ebenda, S. 624. Auf dem XVIII. Parteitag im März 1939 fügte Stalin eine dritte »befreundete« Klasse hinzu – die der Intelligenz (ebenda, S. 708).

⁷¹ Ebenda, S. 643.

⁷² Ebenda, S. 478. Während seiner letzten Rede vor einem ZK-Plenum bekannte Jagoda auf der Februar-März-Tagung 1937, daß er aus Stalins Ausführungen vom Januar 1933 nicht die richtigen Schlüsse gezogen habe (Voprosy Istorii, 12, 1994, S. 3–4).

⁷³ Ebenda, S. 592.

⁷⁴ Voprosy Istorii, 3, 1995, S. 11–12.

⁷⁵ Ebenda, S. 3.

⁷⁶ Ebenda, S. 11.

⁷⁷ Ebenda, S. 12.

mierte Stalin unter der Rubrik »Wölfe im Schafspelz«, die man »entlarven muß«. ⁷⁸ Da die Tagung die Existenz einer gigantischen »Verschwörung« bestätigte, oblag es nun dem NKVD, die zahlreichen »Entlarvungen« vorzunehmen.

III. Mechanismen des Terrors

Auch wenn die Massenrepression der Jahre 1937/38 eine ungeheure Verschärfung in der Verfolgung von vermeintlich Andersdenkenden durch den Sowjetstaat markiert, stützte sich die Terrorwelle mental und methodisch auf alte Strukturen. Diese reichten teilweise weit in die Geschichte zurück. Die Gesetzessammlungen von 1649 und 1845 unterschieden nicht zwischen der Absicht, ein Verbrechen zu begehen, und der Ausführung desselben. ⁷⁹ Die Tradition der russischen Autokratie lebte in der gesetzlichen Denunziationspflicht weiter, welche die Bolschewiki im § 12 des Artikels 58 des Strafgesetzbuches der UdSSR (1926) bewahrten und deren Nichtbefolgung mit sechs Monaten »strenger Isolation« geahndet wurde. ⁸⁰

Ein Kontinuum in der Vorkriegsgeschichte der Sowjetunion zeigte auch die Macht der *Tscheka* (*Črezvyščajnaja kommissija*) (das erste und populäre Akronym für die sowjetische Geheimpolizei), die, abgesehen von der Zeit zwischen Februar und Oktober 1922 ⁸¹, sich das Recht nahm, politische Fälle unter eigener Ägide in außergerichtlichen Verfahren zu »behandeln«. Ab 1924 konnte die Sonderberatung der GPU (*Osoboe soveščanie* – *OSO*) Exil- oder Lagerstrafen bis zu fünf Jahren verhängen, während dem Sonderkollegium der GPU in Moskau das Recht vorbehalten war, Todesstrafen zu fällen. Unruhen auf dem Lande – »Banditentum« (1927) und Widerstand gegen die Kollektivierung der Landwirtschaft (1929/30) – führten zur Wiedereinführung der im Bürgerkrieg eingesetzten Schnellgerichte, der *trojki*. Etwa 90 % aller 1930/31 ausgesprochenen Todesurteile gehen auf das Konto der regionalen *trojkas*. Sie setzten sich aus dem OGPU-Bevollmächtigten, einem Parteimitglied und einem Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft zusammen. Verhängten sie das Todesurteil, mußte dies von Moskau bestätigt werden. ⁸²

Die Fusion aller Staatssicherheitsorgane, einschließlich jener der OGPU, zu einem Allunionskommissariat für innere Angelegenheiten (NKVD) im Juli 1934 sowie die Schaffung der Staatsanwaltschaft der UdSSR im Jahr 1933 ließen Hoffnung auf einen wirksamen Schutz vor Polizeiwillkür aufkommen. Auch das Politbüro der KPdSU(B) beschäftigte sich mit Gesetzesverletzungen durch Tschekisten, aber seine Empfehlungen wurden in

⁷⁸ Ebenda, S. 3.

⁷⁹ Pipes, Richard: *Russia under the Old Regime*, Harmondsworth 1990, S. 109–111, 291–296.

⁸⁰ Zajcev: *Sbornik*, S. 31 (Beschluß des Zentralen Exekutivkomitees der UdSSR vom 25. Februar 1927).

⁸¹ Leggett, George: *The Cheka. Lenin's Secret Police*, Oxford 1986, S. 111.

⁸² Razumov, A. I.: *Leningradskij Martirolog*, tom 1: avgust-sentjabr' 1937 goda, St. Peterburg 1995, S. 33–37; Memorial (Hg.): *Rasstrel'nye spiski*. Vypusk 2, S. 280–282; O vnesudebnich organach. In: *Izvestija CK KPSS*, 10, 1989, S. 80–82.

der aufgeheizten Atmosphäre nach dem Kirov-Mord ad acta gelegt.⁸³ Neue Maßnahmen zur Ahndung politischer Straftaten waren keineswegs von einem liberalen Geist getragen. Während das OGPU-Kollegium abgeschafft wurde und Kapitalverbrechen (Landesverrat, Spionage, Brandstiftung und Terrorismus) in die Kompetenz der Militärtribunale übergangen, erhielt die OSO das Recht, »sozial gefährliche Elemente« zu Verbannungs- oder Lagerstrafen (bis zu 5 Jahren) zu verurteilen und »unerwünschte Ausländer« des Landes zu verweisen.⁸⁴ Zwei weitere Änderungen zogen eine härtere Gangart gegenüber Frauen und Kindern nach sich. Familienangehörige von »Vaterlandsverrätern« konnten ab Juni 1934 nach Sibirien verbannt werden.⁸⁵ Im April 1935 setzte das Justizministerium Kinder ab 12 Jahren bei schweren Verbrechen (Mord, Diebstahl, Raub) erwachsenen Kriminellen gleich und löste damit eine Verfahrenslawine in den Volkserichten aus.⁸⁶

Aufgrund der Massenverfolgung von angeblichen »Trotzkisten« und »Sinowjewisten« stieg die Anzahl der von der Geheimpolizei abgeurteilten Fälle von 79 000 im Jahre 1934 auf 267 000 bzw. 274 000 in den zwei folgenden Jahren.⁸⁷ Da die OSO die ständig wachsende Zahl von Anklagen nicht verarbeiten konnte, wurden im Mai 1935 in den Republiken und Regionen neue *trojkas* geschaffen. Auch diesmal entschied ein Staatsicherheitsoffizier des NKVD, unterstützt von einem leitenden Kriminalpolizisten und einem Staatsanwalt, dessen Anwesenheit bei den Sitzungen obligatorisch war.⁸⁸ Das Prozedere der Massenabfertigung von Strafanklagen stand somit lange vor dem Beginn der Massenoperationen des NKVD fest. Die im Text der NKVD-Order Nr. 00447, Grundlage für die Durchführung der größten der Massenverhaftungskampagnen ab August 1937, festgelegte Zusammenstellung der neuen *trojka* (NKVD-Vorsitzender, Parteisekretär und Staatsanwalt) ließ vermuten, daß die staatsanwaltliche Aufsichtspflicht über Haft- und Verhörbestimmungen nicht mehr wahrzunehmen war: der *prokuror* (Staatsanwalt) konnte (mußte aber nicht) an den Trojka-Sitzungen teilnehmen. In einem Rundschreiben an seine Staatsanwälte führte Vyšinskij aus, daß sie im Zusammenhang mit Order Nr. 00447 nicht verpflichtet seien, Haftbefehle zu sanktionieren oder für die Einhaltung korrekter Untersuchungsprozeduren zu sorgen, sondern »durch aktive Hilfe zur erfolgreichen Durchführung der Operation« beitragen müßten.⁸⁹ Einige Monate später wies er seine Untergebenen an, Fälle, in denen Beweise aus Gründen der Staatssicherheit nicht in einem öffentlichen Gericht präsentiert werden sollten, an die *trojka* zu übergeben.⁹⁰

⁸³ Getty/Naumov: *The Road to Terror*, S. 119–125; Chlewnjuk: *Das Politbüro*, S. 172–180.

⁸⁴ Zajcev: *Sbornik*, S. 61–63.

⁸⁵ Ebenda, S. 27.

⁸⁶ Goldman, Wendy Z.: *Women, the State and Revolution. Soviet Family Policy and Social Life 1917–1936*, Cambridge 1993, S. 322–327.

⁸⁷ Getty/Naumov: *The Road to Terror*, S. 588.

⁸⁸ *Izvestija CK KPSS*, 10, 1989, S. 81.

⁸⁹ Brjuchanov/Šoškow: *Opravdaniju ne podležit*, S. 76–77.

⁹⁰ Solomon: *Soviet Criminal Justice*, S. 238.

Im Gebiet Ivanovo blieben die Zweitnominierungen zur örtlichen *trojka* – Parteisekretär und Vorsitzender des Exekutivkomitees – den Sitzungen meist fern und unterschrieben die Urteilsprotokolle, nachdem NKVD-Chef Radzivilovskij sie telefonisch darüber informiert hatte.⁹¹ Bei den Sitzungen der *trojka* in Tomsk waren die NKVD-Offiziere unter sich – die Vertreter der Partei und der Staatsanwaltschaft waren verhaftet und nicht mehr ersetzt worden.⁹² Rund die Hälfte aller außergerichtlich erhobenen Anklagen nach Artikel 58 wurde von einer *dvojka* behandelt – wie die aus einem NKVD-Kommissar und einem Hauptstaatsanwalt bestehende Kommission umgangssprachlich genannt wurde. Listen der Häftlinge – mit dem empfohlenen Strafmaß – wurden per Kurier von den Regionalzentren an die Lubjanka geschickt. Ežov und Vyšin'skij oder deren Stellvertreter bestätigten mit ihren Unterschriften die Urteile. Intern nannte man dieses Schnellverfahren die »Album«-Methode.

Eine Besonderheit der unter Nr. 00447 laufenden »Anti-Kulaken«-Operation war die Quotenregelung, d. h. die Erhöhung der jeweiligen Anzahl für Erschießungs- und Hafturteile nach Regionen. Der Befehl Nr. 00447 sah die Verhaftung von insgesamt 268 950 Personen vor, von denen 75 950 erschossen werden sollten. Im Verlauf der Operation wurden die Arrestquoten auf 753 315 erhöht, wovon 183 750 (einschl. 150 500 Erschießungen) durch Beschlüsse des Politbüros angeordnet und weitere 300 000 Verhaftungen durch ein Telegramm von Ežov, d. h. ohne einen formellen Beschluß der Parteiführung, befohlen wurden. Bis Ende der Operation im November 1938 wurden jedoch 767 397 Menschen verurteilt, 386 798 von ihnen nach der »ersten Kategorie« (Erschießung).⁹³ Die angesichts des Umfangs geringfügigen Abweichungen zwischen tatsächlich vollstreckten und den von Moskau »erlaubten« Urteilen sprechen gegen die oft vorgebrachte These, daß das NKVD sich wie ein Staat im Staate gebärdete oder nicht mehr unter der Kontrolle des Politbüros stand.

Die Komplizenschaft der Partei bei Quotenerhöhungen – das Politbüro hatte am 2. und 9. Juli 1937 Entwürfe des Befehls Nr. 00447 bestätigt – geht auch daraus hervor, daß die Anträge, die Opferkontingente erhöhen zu dürfen, zuweilen über Transmissionsriemen des Parteiapparates nach Moskau durchgestellt wurden. So wurde während eines Gesprächs im Transsibirischen Express zwischen NKVD- und Parteifunktionären aus der Burjatischen ASSR an der Grenze zur Mongolei und Mechlis, dem Chef der Ersten Politischen Verwaltung der Roten Armee, ein Antrag auf 2 500 zusätzliche *trojka*-Urteile für Ulan-Ude formuliert, den Mechlis Stalin und Ežov schriftlich zukommen ließ. Die burjatischen Amtsträger hatten sich darüber beschwert, daß »die im Befehl Nr. 00447 festgelegten Quoten bereits ausgeschöpft sind und mehr als 2 000 Häftlinge noch im Gefängnis saßen, obwohl die jeweilige Frist der Untersuchungshaft längst überschritten war«.⁹⁴ Es liegt der Verdacht nahe, daß man – wie für

⁹¹ Šrejder: NKVD iznutri, S. 71, 76.

⁹² Ujmanov, V. N./Petruchin, Ju. A. (Hg.): Bol' ljudskaja, Bd. 3, Tomsk 1992, S. 66.

⁹³ Petrov: Tod nach Plansoll (Ms.), S. 9, 18.

⁹⁴ Suvenirov: Tragedija RKKK, S. 231.

Moskau verbürgt⁹⁵ – Häftlinge gelegentlich auch nur deshalb erschoss, um Platz in den überfüllten Gefängnissen für Neuzugänge zu schaffen. Der Druck auf die NKVD-Verwaltungen war landesweit so hoch, daß die Quoten bald ausgeschöpft waren. In Sverdlovsk wurde in den ersten zwei Monaten der Operation die Erstquote »verbraucht«⁹⁶, aus Orel und Orenburg suchte man schon im August um neue *limity* an,⁹⁷ und in Leningrad war die Anfang August fixierte Erschießungsvorgabe von 4 000 Opfern während des Monats »konsumiert«.⁹⁸

Operationen gegen Ausländer unterlagen hingegen keinen Quoten. Das führte u. a. dazu, daß der Prozentsatz der im Laufe solcher Massenoperationen verhängten Todesurteile vergleichsweise höher war:

Tabelle 2:

Prozentsatz von Todesurteilen, verhängt während Massenoperationen des NKVD⁹⁹

OPERATION	BEGINN	URTEILE	TODESURTEILE	%TODESURTEILE
»Anti-Kulaken«	5. 8. 37	767 397	386 798	50,4
»Polnische«	20. 8. 37	139 835	111 091	79,4
»Deutsche«	29. 7. 37	55 005	41 898	76,2
»Lettische«	3. 12. 37	22 360	16 573	74,1

Laufende NKVD-Operationen gegen ausländische Kontingente (Polen, Letten, Deutsche, Esten, Finnen, Griechen, Iraner, Charbiner, Chinesen, Rumänen, Bulgaren und Mazedonier) wurden per Politbüro-Beschluß vom 31. Januar 1938 verlängert.¹⁰⁰ Von Mai bis zum 1. August setzte die Entourage um Stalin diese Operationen fort und fügte ein »afghanisches« Kontingent hinzu.¹⁰¹ Mitte September bewilligte das Politbüro schließlich die Aufstellung von neuen »Sondertrojkas«, um die bei der »polnischen«, »deutschen« und »charbinischen« Operation angehäuften und noch nicht bearbeiteten Fälle abzuschließen.¹⁰² So dauerten die Massenmorde an Ausländern bis in den Frühwinter 1938/39.

Die Anzahl der Verhaftungen und Urteile nahm auch aus operativen Gründen zu. Einerseits führten brutale Verhörmethoden zur »Entlarvung« weiterer »Feinde«,

⁹⁵ In Moskau ging es im März 1938 um die Hinrichtung von bereits zu Lagerstrafen verurteilten Invaliden, welche die GULag-Verwaltungen als Arbeitssklaven nicht akzeptieren wollten. Siehe Osipova, Irina: Pjat' del. In: Vilenskij, Semen (Hg.): Soprotivlenie v GULAGe, Moskau 1992, S. 114–127.

⁹⁶ Kirillov, V. M. (Hg.): Žertvy repressij Nižnij Tagil 1920–1980-e gody, Ekaterinburg 1999, S. 94.

⁹⁷ Stecovskij: Istorija sovetskich repressij, tom 1, S. 66.

⁹⁸ Razumov: Leningradskij Martirolog, tom 1, S. 50.

⁹⁹ Siehe Anmerkungen 40 bis 43.

¹⁰⁰ RGASPI, 17/162/22: 114. Der Beschluß ist abgedruckt in: Moskovskie Novosti, 25 (1992), S. 19.

¹⁰¹ RGASPI, 17/162/23: 132.

¹⁰² RGASPI, 17/162/164, Beschluß des Politbüros vom 15. September 1938.

andererseits wurde das NKVD-Personal zu »Höchstleistungen« ermuntert, wie ein in Ungnade gefallener Tschekist nachträglich in einem Brief an Stalin berichtete:

»Ganz unerwartet traf Mal'cev [NKVD-Vorsitzender in Novosibirsk] in Tomsk am 10. Dezember ein, und in einer für operatives Personal einberufenen Versammlung gab er folgende Anweisungen bekannt: »Partei und Regierung haben die Operationen der Trojkas bis zum 1. Januar 1938 verlängert. In den zwei, drei Tagen, die uns bleiben, bevor die Wahlen zum Obersten Sowjet stattfinden, müssen Sie Vorbereitungen für die Operation treffen. Aber am 13. Dezember, das heißt, nach den Wahlen, müssen Sie mit der Beschaffung [Verhaftungen] beginnen ... wir müssen Druck ausüben, weil uns die Nachbarn im Ural überholen ... Sie müssen mindestens 1 100 Fälle vor 1. Januar abschließen, für die polnische, lettische und [andere] Operationen mindestens 600 Personen täglich. Ich bin trotzdem davon überzeugt, daß Sie alles nachholen und in den kommenden Tagen bis zu 2 000 Fällen abschließen werden. Jeder Untersuchungsführer muß täglich mindestens 7–10 Fälle erledigen. Aber das ist nicht allzuviel, denn unsere Fahrer in Stalinsk und Nowosibirsk erledigen 10–15 Fälle jeden Tag«. ¹⁰³

Ein Befehl von Mal'cev an die Tomscher NKVD-Verwaltung, ein neues Kontingent von 700 Bürgern in Haft zu nehmen, führte zu einem Wettbewerb zwischen den operativen Bezirksgruppen, obwohl kein die Untersuchungshäftlinge belastendes Material vorlag. ¹⁰⁴

Die Mitarbeiter der Kreis- oder Gebietsverwaltungen der Staatssicherheit [UGB] brauchten allenthalben zusätzliche Arbeitskräfte, um das enorme Plansoll zu erfüllen. In Tomsk wurden gewöhnliche Polizisten (*milicionery*), Angehörige der Grenztruppen des NKVD, Mitglieder des *Komsomol* und die Leiter der »Geheimabteilungen« in Fabriken und wissenschaftlichen Instituten herangezogen. ¹⁰⁵ In Karelien bot sich ein ähnliches Bild, dort nahm sogar das »Aktiv« der Partei und der Sowjetbehörden Verhaftungen vor. ¹⁰⁶ Die Untersuchung gewöhnlicher Kriminalfälle stockte, wie Michail Šrejder, einer der wenigen überlebenden hochrangigen NKVD-Kader jener Jahre, in seinen Memoiren feststellt: Nach seiner Versetzung im Januar 1938 von Ivanovo nach Novosibirsk, um die dortige Miliz zu leiten, entdeckte er zu seinem Ärger, daß UGB-Chef Mal'cev alle verfügbaren Polizeikräfte in die Massenoperationen eingebunden und ihre Dienstautos sowie die Lastwagen zum selben Zweck konfisziert hatte. ¹⁰⁷

Die Durchführung von Erschießungen war genau geregelt. Sie fanden in der Nacht, entweder im Keller der lokalen UGB-Zentrale oder auf einem abgelegenen und abge-

¹⁰³ Ujmanov/Petruchin: *Bol' ljudskaja*, Bd. 3, S. 65–66.

¹⁰⁴ Stecovskij: *Istorija sovsotskich repressij*, Bd. 1, S. 65.

¹⁰⁵ Ujmanov/Petruchin: *Bol' ljudskaja*, Bd. 3, S. 65.

¹⁰⁶ Čuchin: *Karelija-37*, S. 58.

¹⁰⁷ Šrejder, NKVD iznutri, S. 86–88. Zur Zeit seiner Verhaftung im Juni 1938 war Šrejder stellvertretender Innenminister und Chef der Miliz in Kasachstan.

zäunten Areal (meistens im Wald), statt; vorher mußte die Identität jedes Opfers überprüft werden, indem man seinen Fragebogen (mit Foto) mit dem Urteil der Trojka verglich; die Erschossenen wurden in einer Grube verscharrt; der Einsatz von Rotarmisten oder Milizionären als Todesschützen war ausdrücklich verboten.¹⁰⁸ Als Henker vorgesehen waren ausschließlich UGB-Offiziere, die jedes Opfer einzeln mit einem Pistolenschuß in den Hinterkopf am Rande der Grube töteten. Es war strikt untersagt, den Todeskandidaten mitzuteilen, daß sie von einer *dvojka* bzw. *trojka* zum »höchsten Strafmaß« verurteilt worden waren. Laut dieser von Ežovs Stellvertreter Frinovskij unterzeichneten Direktive war es gleichfalls verboten, die Familienangehörigen von der wahren Todesursache in Kenntnis zu setzen. Sie erhielten ein Formular folgenden Inhalts:

»Ihr Mann ist zu 10 Jahren ohne das Recht auf Briefwechsel verurteilt worden. Warten Sie.«¹⁰⁹

Die Henker kamen üblicherweise von der Administrativen Wirtschaftsabteilung (AChU) der regionalen Verwaltung der Staatssicherheit (UGB). Zum Beispiel tötete Matveev, stellvertretender Leiter der AChU des Leningrader NKVD, manchmal von einem Assistenten unterstützt, 1 100 Häftlinge in fünf Nächten im Oktober/November 1937. Die Opfer wurden von den Solovecki-Inseln auf das Festland gebracht und in einen Wald nahe dem Städtchen Medvežjegorsk mit Lastautos transportiert. Mehr als 500 weitere Häftlinge aus dem Inselkloster wurden einen Monat später nach Leningrad verfrachtet und in den stadtnahen Levašovo Wäldern von Polikarpov, dem Kommandanten der Leningrader NKVD-Verwaltung, umgebracht.¹¹¹ Die Hinrichtungsspezialisten in der Moskauer Haupthinrichtungsstätte Butovo stammten ebenfalls aus der Kommandantur oder der AChU und der »Sonderabteilung« des UGB. Dem Massenmord (*spezrabota* in Jargon der Tschekisten) in Butovo fielen im Zeitraum August 1937 bis November 1938 mehr als 20 000 Menschen zum Opfer, die, wie Umfragen unter überlebenden Tätern ergaben, von höchstens zwölf Männern mit der Dienstpistole erschossen wurden.¹¹²

¹⁰⁸ Popašenko (NKVD-Vorsitzender der Region Kuibyšev) an Karabitsin (UGB-Leiter Ul'janovsk), 4. August 1937, abgedruckt in: Zolotov: *Kniga pamjati* (Ul'janovsk), S. 797–798.

¹⁰⁹ Stepanov, A. F.: *Rasstrel po limitu. Iz istorii političeskich repressij v TASSR v gody »Ežovščiny«*, Kazan 1999, S. 30 (NKVD-Direktive Nr. 424 vom 8. August 1937).

¹¹⁰ Siehe den diesbezüglichen Rapport an seinen Vorgesetzten Sakovskij vom 10. November 1937 (photographische Reproduktion) in: Sinčenko, Arsen (Hg.): *Ostannja adresa. Do 60-riččja solovec'koji tragediji*, tom 1, Kiew 1997, S. 32. Auf derselben Seite ist der Befehl Sakovskijs an Matveev vom 16. Oktober 1937 abgedruckt, in dem es hieß: »Sie haben die Urteile laut den an Sie persönlich ergangenen Weisungen zu vollstrecken«. Ich möchte an dieser Stelle Jurij Šapoval (Kiew) danken, der an den drei Bänden über die Hinrichtung der Soloveckij-Häftlinge mitgearbeitet und mir diese wichtigen Bücher geschenkt hat.

¹¹¹ Stepanov: *Rasstrel po limitu*, S. 212. Polikarpov beging 1939 Selbstmord. Siehe seine biographischen Daten in: Razumov: *Leningradskij Martirolog*, Bd. 1, S. 680.

¹¹² Golovkova, Lidija: *Specob'ekt »Butovskij poligon«*. *Istorija, dokumenty, vospominanija*. In: Blinov, Ju. L. i. d. (Hg.): *Kniga pamjati žertv političeskich repressij. Butovskij poligon 1937–38, pervyj vypusk*, Moskau 1997, S. 11–30, bes. S. 25.

IV. Opfer und Täter

Obwohl alle nationalen Operationen parallel liefen, standen die Monate August bis Dezember 1937 im Zeichen der »Anti-Kulaken«-Kampagne, während sich die Massenverfolgung 1938 hauptsächlich gegen »Ausländer« richtete. Diese Faustregel trifft auf einige Regionen mehr zu als auf andere. Die Tatarische ASSR zum Beispiel war davon nicht betroffen, da es hier kaum ausländische Opfer gab. Hier konnten lediglich 5 bis 10 % der Verhafteten 1938 einer »nationalen« Operation zugeschrieben werden.¹¹³ In der Leningrader Region, wo der nichtrussische Anteil an der Bevölkerung groß war, stieg der Prozentsatz von Ausländern unter den Opfern beträchtlich. Mehr als 40 % der im November 1938 Exekutierten waren nichtrussischer Abstammung und gehörten folgenden Nationalitäten an: Polen (24,5 %), Balten (8,1 %), Finnen (6,4 %) oder Deutsche (2,9 %).¹¹⁴

Die Bezeichnung »Ausländer« ist möglichst umfassend zu definieren, denn die »Organe« orientierten sich eher an der ethnischen Herkunft als an der Staatszugehörigkeit und verhafteten auch viele Mitglieder ethnischer Minderheiten oder Russischstämmige nur wegen ihrer Kontakte zu Ausländern oder dem Ausland. Folglich machte der Anteil tatsächlicher Einwanderer nur einen Teil und der politischer Asylanten lediglich einen Bruchteil der Gesamtopferzahl der »Ausländer«-Razzien des NKVD aus.

Der Beschleunigung der Verfahrensdauer oder von Massensexekutionen im ersten Halbjahr 1938 lagen neue Entscheidungen des Politbüros zugrunde. Am 31. Januar sanktionierte die Führung der KPdSU(B) 48 000 Hinrichtungen und 9 200 GULag-Urteile im Zusammenhang mit der Durchführung der »Anti-Kulaken«-Operation in 20 administrativen Regionen der UdSSR. Alle Urteile mußten bis Ende März vollstreckt sein. Darüber hinaus erhielt das ukrainische NKVD hinsichtlich derselben Verhaftungskampagne eine zusätzliche Quote von 30 000. Da der Beschluß Lagerstrafen nicht erwähnte, waren die zu verhaftenden Opfer hinzurichten.¹¹⁵ Gleichzeitig befahl die Parteiführung die Fortsetzung »nationaler« Operationen bis zum 15. April und die Verurteilung der Untersuchungsgefangenen bis zum selben Zeitpunkt.¹¹⁶ Daher stand das operative Personal der UGB-NKVD unter einem enormen Arbeitsdruck.

Da die »Staatsfeinde« im Nachhinnein genauer definiert wurden, vergrößerte sich das Reservoir der Opfer. Laut Befehl Nr. 00447 standen fünf Gruppierungen buchstäblich auf der Abschußliste: ehemalige Kulaken, ehemalige Mitglieder verbotener politischer Parteien, Geistliche, religiöse Aktivisten und Kriminelle. Frinovskij gab zwei Tage nach Beginn der Operation am 5. August 1937 die Direktive aus, Vieh- und Taschendiebe sowie Gewalt- und entflohene Rückfalltäter ins Visier zu nehmen.

¹¹³ Stepanov: *Rasstrel po limitu*, S. 15, 79, 95–97, 122–123.

¹¹⁴ Razumov: *Leningradskij Martirolog*, Bd. 3, nojabr' 1937, St. Petersburg 1998, S. 587.

¹¹⁵ *Izvestija*, 3. April 1996.

¹¹⁶ *Moskovskie Novosti*, 21. Juni 1992, S. 19.

Im Zuge der Aktion wurden Personen verhaftet, denen »kriminelle Neigungen« nachgesagt wurden: Menschen, die nicht mit ihrer Vergangenheit gebrochen hatten, keiner »gesellschaftlich nützlichen Arbeit« nachgingen und nicht über einen ständigen Wohnsitz verfügten. Damit wurde der Anschein einer »Reinigung der Gesellschaft« erweckt. Es wurde ausdrücklich festgelegt, daß eine Verhaftung auch dann erfolgen sollte, wenn der Verdächtige unmittelbar davor kein Verbrechen begangen hatte.¹¹⁷ Staatlicherseits verlieh man den Arbeitslosen das Kürzel BOZ (*bez opredelenogo zanjatija* – »ohne bestimmte Beschäftigung«) und den Obdachlosen BOMŽ (*bez opredelenogo mesta žitel'stva* – »ohne festen Wohnsitz«). Oft gehörten die Bedauernswerten beiden Gruppen an – Bauern, die dem *Kolchoz* entflohen waren, Kinder und Jugendliche, die auf der Straße lebten und Gläubige, Priester, Nonnen, Aktivisten der Kirche und religiöser Sekten, die »untergetaucht« waren. Sie mußten herhalten, um die Verhaftungsquoten des NKVD »aufzufüllen«. Verwahrloste Jugendliche konnten auch Glück im Unglück haben und nicht als Einzelfälle bei Sitzungen der *trojka* oder *dvojka* des NKVD verurteilt werden, sondern in die Obhut der *milicija* kommen. Für solche als »sozial schädlich« oder »sozial gefährlich« apostrophierten Ausgestoßenen sah die *passportnaja trojka* der normalen Polizei ein bis fünf Jahre Zwangsarbeit vor.¹¹⁸ Dieses Dreiergremium ahndete die Verletzung der Meldepflicht.

Neben den leicht hinaufzuschraubenden Repressionsquoten erklären auch nachträgliche Präzisierungen von »feindlichen« Ausländertypen die immanente Dynamik der *massoperacii*. Im Oktober 1937 behauptete Ežov in einem Rundschreiben, daß sich »ausländische Agenten« und »Saboteure« aus Deutschland, Polen und Charbin kurz vorher in die Sowjetunion »eingeschlichen« hätten. Jene, die sich dem Klassenkampf entzogen hatten – in der Sprache des NKVD »Deserteure vom Klassenkampf« und »Überläufer« – verdienten eine nähere Überprüfung, weil »nur 9 000 von 15 000 polnischen Einwanderern des Jahres 1937 registriert wurden« und »lediglich 244« aus einer anderen, 6 000 starken Immigrantengruppe »als Agenten ausländischer Geheimdienste entlarvt worden sind«.¹¹⁹

Sowjetbürger, die zu ausländischen Botschaften Kontakt hatten oder mit Freunden bzw. Verwandten im Ausland korrespondierten, wurden gleichfalls verhaftet. Im Verlauf der »finnischen« Operation wurden u. a. Mitarbeiter des Auslandsnachrichtendienstes des NKVD bzw. der Roten Armee (»Doppelagenten«) oder Werk-tätige verhaftet, die aufgrund ihrer Tätigkeit als Matrosen oder Eisenbahner in Berührung mit Finnen gekommen waren.¹²⁰

¹¹⁷ Razumov: *Leningradskij Martirolog*, Bd. 1, S. 47–48 (Auszüge aus dem NKVD-Rundschreiben Nr. 61 vom 7. August 1937).

¹¹⁸ Čuchin: *Karelija-37*, S. 81–82.

¹¹⁹ Ujmanov/Petruchin: *Bol' ljudskaja*, Bd. 4, S. 182 (NKVD-Operative Order Nr. 00693 vom 23. Oktober 1937).

¹²⁰ Ein separater Befehl für die »finnische« Operation wurde nicht erlassen. Für einen Entwurf siehe Čuchin: *Karelija-37*, S. 60–61.

In vielen Fällen konnten die Verhaftungstrupps des NKVD die Listen ihrer Opfer aus alten Registraturen abschreiben. Seit Anfang der 20er Jahre verfügte jede Bezirksabteilung der GPU über Listen folgender »Feindkategorien«:

- a) frühere Beamte der zaristischen Verwaltung
- b) ehemalige Weißgardisten
- c) Teilnehmer an Bauernaufständen während des Bürgerkrieges
- d) Rückkehrer nach Rußland
- e) politische Immigranten
- f) ehemalige Soldaten, die aus der österreich-ungarischen oder deutschen Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt waren
- g) verurteilte Geistliche
- h) Bauern, die »entkulakisiert« und verhaftet wurden.¹²¹

Zusätzliche Kategorien erstreckten sich auf: Sowjetbürger, die im Ausland gelebt hatten; aus ihrem Verbannungsort entflozene »Kulaken«; politische Verbannte; Personen, denen das Wahlrecht entzogen war; und schließlich aus der KPdSU(B) Ausgeschlossene.¹²²

Ging mancherorts dieser »Vorrat« gegen Ende 1937 aus, da für Untersuchungsbeamte der UGB Kontrollziffern, ein Minimum an zu bearbeitenden Fällen (*kontrol'nye cifry*) eingeführt worden waren, folgte die Opferselektion dem Prinzip reiner Beliebbarkeit. Nun schrieb man auf Listen, wie viele Personen aus einer soziologischen Schicht bzw. Berufsgruppe oder aus einem bestimmten Wirtschaftssektor zu verhaften seien. In der Tomsker und Chakassischen Region zum Beispiel wurden in die folgenden Rubriken Zahlen eingetragen:

Arbeiter: Transport, Industrie, Baustellen.

Angestellte; Rechtsanwälte; Ärzte; Agrarspezialisten; Ingenieure; Hochschullehrer; Bauern (»Kulaken«, »Mittelbauern« und arme Bauern); Militär aller Ränge; Polizisten; Priester etc.¹²³

Ein neu angekommener Kommandeur im fernöstlichen Apparat der Geheimpolizei gab die Order aus, ein Kontingent von 500 Personen zu verhaften, dessen Zusammensetzung bestimmten Prozentsätzen aus der Beschäftigungsstatistik für Industrie, Fischerei und Landwirtschaft entsprechen sollte.¹²⁴ Im turkmenischen Ašchabad griff der NKVD-Leiter zu einer noch einfacheren Methode; er ließ den Markt absperren und Einkäufer wie Passanten abführen.¹²⁵ Überliefert sind die Opfernamen einer solchen Massenrazzia in der Siedlung Abagur (Gebiet Kemerowo), die in der Nacht

¹²¹ Stepanov: Rasstrel po limitu, S. 8.

¹²² Ebenda, S. 34.

¹²³ Kusnecov, I. N. (Hg.): Repressii 30–40ch-gg. v Tomskom krae, Tomsk 1991, S. 14; Abdin, N. S. (Hg.): Kniga pamjati žertv političeskich repressij respubliki Chakassija, Chakassija 1999, S. 13.

¹²⁴ Stecovskij: Istorija sovjetskich repressij, Bd. 1, S. 65.

¹²⁵ Wehner, Markus: Stalinistischer Terror, Genese und Praxis der kommunistischen Gewaltherrschaft in der Sowjetunion 1917–1953. In: Das Parlament (Beilage), 6. September 1996, S. 3.

vom 6. zum 7. August 1937 abgeholt wurden. Die 56 Bewohner wurden entweder erschossen oder im Gulag zu Tode geschunden.¹²⁶

Bei den 1937/38 erhobenen Anklagen wegen konterrevolutionärer Agitation (§ 10 des Artikels 58) handelte es sich häufig um angebliche Äußerungen, die nun weitaus drastischer als zuvor geahndet wurden. Wie einem vor kurzem veröffentlichten Bericht des Volkskommissars für Justiz Krylenko an Stalin aus dem Jahre 1936 zu entnehmen ist, hatten Sondergerichte in der Russischen Föderation in den fünfzehn Monaten seit Januar 1935 mehr als 30 000 Personen wegen »konterrevolutionärer Agitation« zu Haftstrafen von einem bis zu fünf Jahren verurteilt. Die Verurteilten gehörten zu 96 % folgenden Bevölkerungsschichten an: Werktätige in Stadt und Land (Arbeiter, Angestellte, Kolchosbauern, »Kulaken« und freie Bauern), die ihren Unmut über den Sowjetalltag auch in Spottversen (*častuški*) zum besten gegeben hatten: »Erwache Lenin, erwache Väterchen, der Fünfjahresplan bringt uns um.«¹²⁷

Darauf stand nach Ansicht der Moskauer UGB während der Massenoperationen 1937/38 die Todesstrafe, wie Auszüge aus den Strafakten der in Butovo Hingerichteten beweisen¹²⁸:

»Verbreitete antisowjetische Propaganda unter Bekannten und Nachbarn«. »Lobt das Leben unter dem Zaren«. »Drückte Mitleid für Volksfeinde aus«. »Agitiert gegen die Stachanow-Bewegung«. »Agitiert gegen die Zeichnung von Staatsanleihen«.

Andere Akten enthalten Angaben über Personen, deren Einstellung einen Erschießungsgrund darstellte: »Ist gegenüber der Sowjetmacht feindlich gesinnt.« »Hat eine terroristische Haltung der Führung der KPdSU(B) gegenüber«. »Ist ein feindliches Element«. »Ist ein deklassiertes Element«.

Aleksandr Vatlin hat anhand der Angaben zur Person von Opfern aus der Bauernschaft der Moskauer Region zwei Verfolgungsstrategien der Operativgruppen des NKVD ermittelt: Verhaftungen von Dorfbewohnern, die Kontakte zu ausländischen Botschaften bzw. zu »Kulaken« unterhielten, die nach Verbüßung der Verbannung heimgekehrt waren. Sechs Mitglieder einer Bauernfamilie im Dorf Krylatskoe (Bezirk Kuncevo) wurden zum Tode verurteilt, weil sie dem Presseattaché der Deutschen Botschaft ein Sommerhäuschen vermieteten. Im nördlichen Teil der Region, etwa im Dorf Pirochi (Bezirk Kolomna), tauchten jene Einheimischen in den Listen der Verhafteten auf, die Jahre zuvor »entkulakisiert«, zwangsverschickt worden und nach Ablauf der Verbannungsfrist zurückgekehrt waren. Der Vorsitzende des Dorfsowjets wurde unter Androhung von Gewalt dazu gezwungen, solche Nachbarn namentlich als »Mitglieder einer konterrevolutionären Kulakenorganisation« zu nennen. Zehn von ihnen wurden kurz vor dem Beginn von Operation No. 00447 verhaftet,

¹²⁶ Gol'cova, E. G. (Hg.): *Stalinsk v gody repressij. Vospominanija, pis'ma. Dokumenty*. Vypusk 2, Novokuzneck 1995, S. 134.

¹²⁷ Kvašonkin u. a. (Hg.): *Sovetskoe rukovodstvo*, S. 322–330, hier S. 329.

¹²⁸ Wenn nicht anders angegeben, sind alle Zitate aus den Bänden *Butovskij Poligon*, vypusk 1, 2, 3 entnommen.

am 19. August 1937 von der *trojka* zum Tode verurteilt und am nächsten Abend in Butovo hingerichtet.¹²⁹

Die Moskauer *trojka* verurteilte sozial Marginalisierte, in der Regel Jugendliche, die wegen Raub vor Beginn der Massenoperationen im August 1937 verhaftet worden waren. Sie saßen in Untersuchungshaft (Butyrka-Gefängnis) oder hatten eine Lagerstrafe angetreten. Man warf ihnen »konterrevolutionäre Propaganda« unter Mitgefangenen vor. Der 16jährige Anatoli Plakuščij, der wegen versuchten bewaffneten Raubs seine zweite Strafe in einem Arbeitslager verbüßte, wurde wegen »konterrevolutionärer Tätigkeit« zum Tode verurteilt: Die Tätowierung eines Bildes von Stalin auf seinem linken Bein legten die Tschekisten als »Anstiftung zum Rowdytum« aus.¹³⁰

Unter den erschossenen Invaliden waren Gulaghäftlinge, die im Gefängnisspital der Moskauer Region lagen, aber auch bereits zu Lagerstrafen verurteilte Schwerkranke, Blinde und geistig Behinderte. Letztere belegten knappe Plätze in den Stadtgefängnissen, und die Lagerverwaltungen hatten sie als Arbeitssklaven bis dahin nicht annehmen wollen.

»Antisowjetische Agitation« zog auch im GULag-System die Erschießung laut Befehl Nr. 00447 nach sich, wobei weder ein zweites Verfahren noch neue Verhöre oder Gegenüberstellungen angestrengt wurden. In Kolyma beispielsweise genügten im Regelfall relativ belanglose Delikte, etwa Verstöße gegen das Paßsystem (Meldeordnung), unerlaubter Aufenthalt in einer Großstadt oder ungesetzliche Grenzübertritte vom verarmten Polen aus, um zum Tode verurteilt zu werden.¹³¹ Wie ihre außerhalb der Gulaghölle verhafteten Leidensgenossen wurden Lagerhäftlinge auch aufgrund ihrer »sozialen Vergangenheit« (*socprošloe*) hingerichtet. Im karelischen *Belbaltlag* starben z. B. mehr als zwanzig orthodoxe Bischöfe, eine Gruppe aus Kiev deportierter Deutscher, der persönliche Bibliothekar des letzten Zaren, Adlige, eine Nichte des zaristischen Feldmarschalls Brussilov und der Sohn des koreanischen Finanzministers unter Kugeln.¹³²

Daß Ausländer in jenen Jahren massenweise ins Visier der Polizei gerieten, hing nicht nur mit vordergründigen staatspolizeilichen Abwehrmaßnahmen zusammen, die das Vorkriegsszenario vorsah. Die Tschekisten verdächtigten Ausländer, Unzufriedenheit ins »sowjetische Volk« zu tragen. Ob solche »Unruhestifter« diesen negativen Part mit Absicht spielten oder nicht, war nicht entscheidend, da ihre bloße An-

¹²⁹ Vatlin, Aleksandr: Krest'jane i krest'janskije sem'i v Butovo. In: Golovkova, Butovskij poligon, Vypusk Vtoroj, S. 9–13. Siehe auch Vatlins Untersuchung über polnische Opfer: Die Erfindung des »Bundes polnischer Patrioten« (1937–1938). Aus den Archiven des NKVD. In: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte, Jg. 2 (1998), Heft 1, S. 116–139.

¹³⁰ Im Internet: www.sakharov-center.ru/scripts/oun.dll/x?ID=11887. Bei dieser Quelle handelt es sich um 17 000 Datensätze (mit Haftfoto) von Opfern, die zwischen 1921 und 1953 in der sowjetischen Hauptstadt erschossen wurden.

¹³¹ Abramov, S. V. (Hg.): Za nami pridut korabli ... Spisok reabilitirovannyh lic, smertnye prigovory v otnošenii kotorych privedeny v ispolnenie na territorii Magadanskoj oblasti, Magadan 1999, S. 7–16.

¹³² Čuchin: Karelija-37, S. 124–125.

wesenheit oder ihr Erscheinungsbild angeblich negative Reaktionen im Volk auslöste. Damit soll nicht gesagt werden, damals sei Fremdenfeindlichkeit ein ausgeprägtes Phänomen gewesen; es sind jedoch genug Beispiele überliefert, die Spannungsverhältnisse, vor allem in Fabriken belegen.

Deutsche oder österreichische Facharbeiter standen mehrheitlich der Sowjetunion positiv gegenüber, besaßen aber ein stark ausgeprägtes Gerechtigkeits- und Gewerkschaftsbewußtsein, das sie in Konflikt mit der Betriebsleitung brachte. Sie kritisierten die willkürliche Berechnung der ihnen ohnehin von der Heimat her mißliebigen Stücklohnsätze, fehlendes Werkzeug oder Material, die Nichtbeachtung ihrer Verbesserungsvorschläge usw. In mancher Hinsicht stießen sie, wenn auch ungewollt, ihre russischen Arbeitskollegen vor den Kopf, da sie besser gekleidet waren und einen privilegierten Status hinsichtlich Entlohnung, Wohnraum und Einkaufsmöglichkeiten bis mindestens 1935 (die Österreicher bis etwa 1936) genossen. Die ausländischen Fachkräfte trugen aufgrund ihres politisch motivierten Arbeitseifers tatsächlich zu Spannungen in den Fabriken bei: Sie »verdärben« allen Kollegen die Normen durch die Übererfüllung des Stücksolls.¹³³ Abgesehen von derartigen Konfliktsituationen zogen Ausländer polizeiliche Beobachtung auf sich, weil sie aus kulturellen und ideologischen Gründen mehr zu kritischen Äußerungen neigten als sowjetische Werkstätige. Sie waren daher nicht nur eine Gruppe der Unzufriedenen, sondern von ihnen ging eine »Ansteckungsgefahr« aus. In der Sprache des NKVD: Es handelte sich um »Spione«, »Gestapo-Agenten«, »Diversanten« usw.

Nachdem die sowjetischen Behörden ab 1933/34 begonnen hatten, sich auf inländische Spezialisten zu stützen und die Arbeitsverträge der Ausländer nicht mehr zu verlängern, ging die Anzahl ausländischer Spezialisten stark zurück.¹³⁴ Politemigranten nahmen ihren Platz ein. Bereits im August 1935 standen die deutschsprachigen Asylanten, einschließlich der kurz vorher eingetroffenen Schutzbündler aus Österreich, NKVD-intern unter Verdacht, Mitarbeiter einer Gestapo-Agentur zu sein, deshalb wurde eine »Intensivierung der Aufklärungsarbeit« – durch Spitzel – unter ihnen befohlen.¹³⁵

Die seit 1991 in der ehemaligen UdSSR angelegten Statistiken über Verhaftungen lassen Rückschlüsse auf den Umfang des Großen Terrors zu. Setzt man die – vermutlich zu niedrig geschätzte – Gesamtzahl der Verhaftungen 1937/38 (1,575 Mill.) ins Verhältnis zur Bevölkerungsgröße (laut Volkszählung 1937), stellt sich heraus, daß 1,66 % der Bevölkerung zwischen 16 und 69 Jahren in Haft genommen und 0,72 % hingerichtet wurde. Die Prozentsätze variierten von Region zu Region:

¹³³ Für Dokumente und Kommentare dazu aus österreichischer Sicht siehe DÖW: Österreicher im Exil – Sowjetunion, S. 40–79; McLoughlin u. a.: Aufbruch – Hoffnung – Endstation, S. 89–114, 190–231.

¹³⁴ Laut Statistiken des Volkskommissariats für die Schwerindustrie ging die Zahl der angeworbenen ausländischen Arbeitskräfte (Facharbeiter und Diplomingenieure) zwischen 1933 und 1935 von 6550/4121 auf 4066/744 zurück (GARF, 5451/39/59: 39–41; 5451/19/585: 284).

¹³⁵ RGVA (Russisches Staatliches Militärarchiv, Moskau), 500/1/1050a: 196–202.

Tabelle 3:
Prozentsatz der Repressierten in der Bevölkerung, 1937/38

GEBIET	BEVÖLKERUNG	VERHAFTUNGSZAHL	% VERHAFTET
Karelien	512 554	12 949	2,52
Kazan	358 592	1474	0,41
Chakassisches Autonomes Gebiet	236 186	2111	0,89
Kemerovo	124 682	3269	2,62
Nižnij Tagil (Gebiet Sverdlovsk)	147 136	987	0,67
Gebiet Odessa	2 925 399	13 703	0,46
Petrozavodsk	61 399	900	1,49
Tatarische ASSR	2 735 685	11 806	0,43
Ukrainische SSR	28 387 609	267 579	0,94

Quelle: Knigi pamjati; Getty/Naumov, Road to Terror; Volkszählung 1937 (Žiromskaja).

Diese Variablen waren zum Teil durch die geographische Lage des jeweiligen Gebietes bedingt. Je näher die Staatsgrenze desto größer das Repressionsvolumen: Belorußland und die Ukraine im Westen, Karelien im Norden, Chakassien im Süden usf. Die hohe Erschießungsstatistik in grenznahen Gebieten oder Gegenden, in denen überproportional Ausländer angesiedelt wurden, dokumentiert den vorläufigen Endpunkt einer langdauernden Politik der »ethnischen Säuberungen«, die bei Ausbruch des Krieges wieder virulent wurde.¹³⁶ Ein anderer, jedoch kaum quantifizierbarer Einflußfaktor war der jeweilige Gebietsvorsitzende des NKVD, der, sei es aus Diensteyer, sei es aus Sadismus, oft besonders hohe Verhaftungsquoten und überdurchschnittlich viele Todesurteile befahl. Das lag vollkommen im Ermessen des Vorsitzenden der *trojka*, der zugleich der Bevollmächtigte der Lubjanka war.

¹³⁶ Siehe ausführlich dazu: Martin, Terry: The Origins of Soviet Ethnic Cleansing. In: The Journal of Modern History, 70 (Dezember 1998), S. 813–861.

Tabelle 4:
Prozentsatz der Hinrichtungen zu Verhaftungen, 1937/38

Gebiet	Verhaftungen	% erschossen
Belorussische SSSR <i>a</i>	22 517	83,0
Karelien	12 949	83,2
Autonomes Gebiet Chakassien	2 111	94,0
Kursk <i>b</i>	1 201	86,0
Nižnij Tagil	987	55,6
Gebiet Novgorod	10 287	51,3
Gebiet Odessa	13 703	57,8
Gebiet Pskov <i>a</i>	9 795	36,5
Gebiet Sverdlovsk	45 470	39,7
Tatarische ASSR	11 806	30,5
Gebiet Tomsk	40 000	76,0

a: Massenoperationen gegen Polen, Letten und Deutsche.

b: 1930–1940.

Quelle: Knigi pamjati; Getty/Naumov, *The Road to Terror*.

Aus den uns vorliegenden Zahlen geht hervor, daß einige Bevölkerungs- und Berufsgruppen mehr als andere litten. Setzt man das jeweilige Kontingent zu seinem Anteil an der Gesamtbevölkerung ins Verhältnis, wird dies noch augenfälliger. Der Anteil an der Gesamtbevölkerung laut Volkszählung 1937 steht in Klammern. folgende Schlußfolgerungen drängen sich auf:

1. die Massenrepression schonte keine Gesellschaftsschicht;
2. Frauen (52 %) waren unter dem Durchschnitt vertreten;
3. Angestellte und Arbeiter (44,8 %) waren überdurchschnittlich vertreten und machten, zusammen mit der Bauernschaft (Mitglieder von *Kolchosen*, *Sowchosen* und Einzelbauern, insgesamt 51,1 % der Bevölkerung), annähernd zwei Drittel der Opfer aus. Priester und Nonnen sowie andere Geistliche (0,04 %) wurden in erschreckendem Ausmaß dezimiert, ebenfalls Polen (0,39 %), Letten (0,04 %), Litauer (0,01 %), Esten (0,06 %), Karelier (0,15 %), Finnen (0,09 %), Griechen (0,17 %), Koreaner (0,01 %) und Deutsche (0,71 %).¹³⁷

1937 zählte die KPdSU(B) ca. 2 Millionen Mitglieder und Kandidaten, das entsprach zwei Prozent der Bevölkerung zwischen 16 und 69 Jahren.¹³⁸ Die ausgewerteten Opferstatistiken belegen, daß der Blutzoll, den die Kommunisten erbrachten, bedeutend höher war. Es ist derzeit unmöglich, dies näher zu quantifizieren. Gemäß

¹³⁷ Getty/Naumov: *The Road to Terror*, S. 588; Žiromskaja: *Polveka pod grifom*, S. 36, 86–88.

¹³⁸ 1937: 1 981 697, 1938: 1 920 002 (*Der Weg der Partei Lenins*, APN-Verlag Moskau 1974, S. 43).

den Zahlen der 1961 vom Präsidium des ZK der KPdSU eingesetzten Kommission zur Untersuchung der Massenrepressalien unter Stalin betrug der Anteil der Parteimitglieder (Kandidaten einbegriffen) an den Verhafteten 7 % im Jahre 1937 und 10 % im Jahr darauf.¹³⁹ Vermutlich berücksichtigen diese Zahlen (55 428; 61 457) weder die 1937/38 ausgeschlossenen Mitglieder (117 000; 90 000)¹⁴⁰ noch Kommunisten, die viel früher aus den Reihen der KPdSU(B) ausgestoßen wurden. Es liegen keine verlässlichen Daten darüber vor, wie viele Mitglieder der Bruderparteien in diesen Jahren repressiert wurden, z. B. Politemigranten, die als Mitglieder einer ausländischen KP in die UdSSR kamen. Deshalb verwenden wir die Bezeichnung »Kommunist« in diesem umfassenderen Sinn.

Die Dezimierung von leitenden Parteikadern erfolgte nicht im Zuge der *Massenoperationen*, sondern hing eher mit den Strafexpeditionen der Politbüro-Mitglieder zusammen, die nach dem Februar-März-Plenum 1937 in die Unionsrepubliken entsandt wurden, um die »Säuberung« des Parteiapparates durchzuführen.¹⁴¹

Tabelle 5:
Soziologische Zusammensetzung der Opfer in Prozent

Region	Zeit	Arbeiter	Bauern	Intelligenz	Geistliche	Frauen	Kommunisten
Altai	1917–53	19,6	57,6	22,2	0,6	–	8,0
Kemerovo	1928–53	54,8 <i>a</i>	11,4	21,4 <i>b</i>	4,4	2,7	–
Kursk	1930–40	21,3	39,3	35,2 <i>c</i>	4,2	–	–
Leningrad <i>d</i>	8,9/37	41,1	29,2	–	3,5 <i>f</i>	2,4	4,5
Leningrad <i>d</i>	10/37	44,1	22,9	–	4,9 <i>f</i>	4,5	5,8
Leningrad	11/37	34,5	16,4	7,2	3,0	4,7	13,2
Moskau <i>e</i>	1937–38	52,6	3,4	–	5,3 <i>f</i>	3,6	23,5
Novgorod	1930–36	16,2	63,6	15,6	4,6	–	–
	1937	25,6	52,2	15,2	7,0	–	–
	1938	46,3	34,1	15,2	4,2	–	–
Tomsk <i>g</i>	1930–40	32,0	32,0	16,0	2,0	–	1,0

Quelle: Knigi pamjati.

a: Einschließlich Landarbeiter.

b: Auch Angestellte.

c: Auch Angestellte und Angehörige der Roten Armee.

d: Monatliche Hinrichtungszahl. Die Rubrik »Arbeiter« beinhaltet alle Arbeiter bis zum Meister. Mitglieder der Intelligenz, Studenten und Soldaten wurden nicht berücksichtigt. »Kommunisten« be-

¹³⁹ Vestnik, 1, 1995, S. 120.

¹⁴⁰ Khlevniuk: The Objectives of the Great Terror, S. 170.

¹⁴¹ Für die Details siehe den Švernik-Bericht (Vestnik, 1, 1995, S. 125–128); Tucker, Stalin in Power, S. 446–452.

zieht sich auch auf ehemalige oder ausgeschlossene Mitglieder der KPdSU(B), Mitglieder ausländischer kommunistischer Parteien und Mitglieder des Komsomol.

e: Basiert auf 3067 Biographien von in Butovo hingerichteten Opfern (ein Siebtel der Gesamtopferzahl).

f: Einschließlich ehemaliger Geistlicher beiderlei Geschlechts und aller Religionen sowie religiöse Aktivistinnen.

g: Basiert auf 4006 Rehabilitierungen (1989).

Die Untersuchung der sozialen bzw. ethnischen Herkunft der im Verlauf von Massenoperationen in Leningrad 1937 Hingerichteten (Frauen, Kommunisten, Gläubige, Arbeiter, Bauern, Arbeitslose, Polen, Finnen und Balten) mündet in die These, daß Arbeiter und Bauern das Hauptkontingent der Opfer bildeten. Die prozentualen Verschiebungen in den Kategorien während der letzten fünf Monate des Jahres 1937 entsprechen den Zielen der einen oder anderen *massoperacija*: der prozentuale Rückgang bei Bauern oder Arbeitslosen beispielsweise spricht dafür, daß die Mehrheit dieser Gruppen (»Kulaken« und »kriminelle Elemente«) in der ersten Phase der Operation nach dem 5. August verhaftet und sofort exekutiert wurde. Als die Razzien gegen Ausländerkontingente zunahm, stieg die Zahl der an Polen, Finnen und Balten vollstreckten Todesurteile. Eine Analyse der Lebensläufe der Opfer zeigt, daß Polen einen hohen Prozentsatz unter hingerichteten Kommunisten einnehmen – 51 % im August-September und 32 % im Oktober.

Tabelle 6:

Opferdaten – Exekutionen in Leningrad, August bis Dezember 1937 (%).

Monat	Zahl	Frauen	KP	+	Arbeiter	Bauern	BOZ	Pol	Fin	Balt
8+9	4310	2,4	4,5	3,5 _f	41,1 _a	29,2	11,2	14,5 _d	4,3 _d	5,7 _d
10	3426	4,6	5,8	11,6 _f	44,1 _a	22,9	11,3	17,9 _d	2,8 _d	2,6 _d
11	3859	4,7	13,2 _h	3,0 _g	34,5 _b	16,4 _c	5,2	24,5 _e	6,4 _e	8,1 _e
12	4299	5,1	19,0 _h	4,8 _g	36,0 _b	15,8 _c	1,0	12,1 _e	4,4 _e	8,0 _e

a: Arbeiter bis zum Meister-Status.

b: Wissenschaftliche Mitarbeiter und Dienstleistungspersonal sind nicht berücksichtigt.

c: Auch Sovchoz-Arbeiter und andere Landarbeiter.

d: Laut der Nationalität in den NKVD-Unterlagen oder nach Geburtsort.

e: Laut den NKVD-Unterlagen.

f: Geistliche aller Religionen, Nonnen und religiöse Aktivistinnen.

g: Amtsträger und Angestellte religiöser Einrichtungen.

h: Mitglieder und Ausschlossene bzw. Kandidaten sowie der KPdSU(B) und anderer Sektionen der Komintern.

Quelle: Leningradskij Martirolog, Bd. 1,2,3,4.

Für Angehörige angeblich »feindlich gesinnter« Volksminderheiten schmiedete das NKVD krude Verschwörungsanklagen. Auf der Krim faßte die Geheimpolizei 71 Mitglieder der griechischen Minderheit in einer »griechischen konterrevolutionären, nationalistischen, terroristischen Schädlings- und Aufstandorganisation« zusammen. Die Verhaftungen setzten Mitte Dezember 1937 ein und führten schließlich zu einem grauenhaften Ergebnis. 67 Personen wurden hingerichtet und zwei zu Gulagstrafen verurteilt. Die soziologische Zusammensetzung der Opfer deckte die wichtigsten Berufssparten ab: 23 Kolchosbauern, 20 Arbeiter, 13 Angestellte, 5 Amtsträger (Kolchos, Dorfsowjet, Gebietsexekutivkomitee), 5 Lehrer und je ein Arbeitsloser, ein Jurist, ein Journalist und eine Frau. Ein Sechstel waren Partei- oder Komsomolmitglieder.¹⁴²

Eine Auswertung der Lebensläufe jener Opfer, die in Butovo bei Moskau nach einem *trojka* bzw. *dvojka* Verdikt im Zeitraum 8. August 1937 bis 19. Oktober 1938 erschossen wurden, ergibt ein ähnliches Bild. Zirka ein Fünftel der Opfer waren (den Berechnungen des Verfassers zufolge) im Ausland geboren, drei Viertel davon waren Polen und Letten.¹⁴³ Das in Tabelle 7 wiedergegebene Ergebnis einer Analyse von Lebensläufen der in Butovo Erschossenen bedarf einer Präzisierung: Hier betrug der Anteil der Ausländer an hingerichteten Kommunisten bis zu 80 %, (21,1 % von Ihnen waren Polen und 37,3 % Letten. Von 354 inländischen »kommunistischen« Opfern wurden 41 % wegen »Spionage« (§ 6 des Artikels 58) angeklagt, d. h. eine beträchtliche Anzahl von ihnen wurde während der »polnischen«, »deutschen« und anderen »ausländischen« Operationen verhaftet. Tabelle 7 enthält keine Angaben über drei weitere Opferkategorien. Es handelt sich erstens um Repräsentanten des zaristischen Regimes, offiziell »Ehemalige« (*byvsie ljudi*) genannt. Unter diesen Opfern waren u. a. zwei Söhne der Gagarin-Prinzendynastie, die letzte Lehrerin der Zarenfamilie in Jekaterinburg, ein ehemaliger Gouverneur von Moskau sowie der Vorsitzende der Zweiten Duma. »Liquidiert« wurden außerdem ehemalige Aktivisten der Partei der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre. Eine dritte Unterkategorie bildeten Häftlingen des DmitLag, die u. a. den Moskau-Wolga Kanal, das Dynamo Sportstadion in Moskau und Häfen am Moskwa Fluß gebaut hatten. Sie waren in der Mehrheit keine »58er«, d. h. keine politischen Gefangenen im engeren Sinne, sondern einfache Bauern und Arbeiter, die Anfang der 30er Jahre als »sozial gefährlich« oder »sozial feindlich« abgestempelt wurden. Dreißig Nationalitäten aus der UdSSR und dem benachbarten Ausland wurden in den Namensverzeichnissen der hingerichteten Arbeitssklaven aus dem DmitLag genannt, darunter viele Usbeken, die sich freiwillig zur Arbeit im Lagersystem gemeldet hatten.¹⁴⁴

¹⁴² Bugaj/Koconis: »Objazat' NKVD SSSR...«, S. 68–74.

¹⁴³ Entnommen den Kurzangaben aller Opfer, die im Band »Martirolog rasstreljannyh i zachoronennyh na poligone NKVD ›Ob-ekt Butovo‹, 08. 08. 1937–19. 10. 1938« (Moskau 1997) abgedruckt sind.

¹⁴⁴ Federov, N.: Dmitlag. Iz istorii stroitel'stva kanala Moskva-Volga. In: Golovkova, L. A. (Hg.): Butovskij poligon 1937–1938, Kniga pamjati žertv političeskich repressij, vtoroj vypusk, Moskau 1998, S. 32–42.

Das landesweite Massaker an Lagerhäftlingen wurde im Befehl Nr. 00447 festgelegt, aber man kann davon ausgehen, daß das »Hinrichtungssoll« von 10 000 auch in dieser Kategorie bei weitem übertroffen wurde. Beispielsweise gab man für das riesige *BelbaltLag* entlang dem Kanal zwischen dem Weißen Meer und der Ostsee ursprünglich 800 Todesurteile vor, tatsächlich vollstreckt wurden jedoch von August bis November 1937 mehr als 3000.¹⁴⁵

Tabelle 7:

Soziologische Zusammensetzung der Butovo-Opfer aller Nationalitäten: Frauen, Kommunisten, Gläubige, Arbeiter, Angestellte, Bauern und Arbeitslose (BOZ) in Prozent

Frauen	KP	+	Angest.	Arb.	Bauern	BOZ
5,18	21,23	6,98	49,94	21,83	4,00	4,29

Quelle: Butovskij poligon, vypusk 1,2,3.

In der Direktive des NKVD der UdSSR vom 17. November 1938, die das Ende von Massenoperationen und die Abschaffung der *dvojkas* und *trojkas* befahl, schob man die Verantwortung für die unbegründeten Verhaftungen auf »feindliche Elemente«, die sich in den NKVD und die Staatsanwaltschaft »eingeschlichen hatten«.¹⁴⁶ Wie viele Tschekisten in der Folge zur Verantwortung gezogen wurden, ist unbekannt. Der Staatssicherheitsapparat des NKVD auf zentraler Ebene (GUGB) sowie in den Regionen (UGB) wurde durchgehend »gesäubert« – laut einer unbestätigten Quelle 21 800 Beamte in den Jahren 1934–1939.¹⁴⁷ Archivalien weisen aus, daß 7298 NKVD-Mitarbeiter zwischen Oktober 1936 und Juli 1938 Repressionen unterworfen wurden¹⁴⁸ und 5229 »operative Mitarbeiter« des GUGB-UGB zwischen 1. Oktober 1936 und 1. Januar 1938 ihren Dienst quittierten oder entlassen wurden.¹⁴⁹

Diese sich auf die »Säuberung« der »Jagoda-Leute« durch Ežov beziehenden Zahlen nahmen in den Jahren 1938–1940 nach der Übernahme der NKVD-Agenden durch Berija noch weiter zu: 7372 (23 %) der »operativen tschekistischen Kader«, einschließlich 62 % aller UGB-Vorsitzenden, wurden »gesäubert«.¹⁵⁰ Hinsichtlich der Veränderungen im zentralen GUGB-Apparat in der Anfangszeit von Berijas Herrschaft wechselte man vier der fünf Leiter der Hauptabteilungen, 28 der 31 Abteilungsleiter und 69 der 72 Leiterstellvertreter aus.¹⁵¹ Von den agierenden führenden Kadern in der

¹⁴⁵ Čuchin: Karelja-37, S. 122–127.

¹⁴⁶ Istoričeskij archiv, 1, 1992, S. 125–128.

¹⁴⁷ Balachin, Ju. N. (Hg.): Rekviem. Kniga pamjati žertv političeskich repressij na Orlovščine, Bd. 1, Orel 1994, S. 7.

¹⁴⁸ Vestnik, 1, 1995, S. 120.

¹⁴⁹ Kokurin/Petrov: Svobodnaja mysl', 6, 1997, S. 112.

¹⁵⁰ Kokurin/Petrov: Svobodnaja mysl', 7, 1997, S. 110–111.

¹⁵¹ Ebenda, S. 112.

Lubjanka starb nur einer der am 1. Januar 1935 im Amt gewesenen GUGB-Leiter eines natürlichen Todes, die anderen wurden zwischen 1937 und 1939 hingerichtet. Von den am 1. Januar 1938 diensthabenden GUGB-Leitern überlebte einer, zehn wurden zwischen Februar 1938 und Februar 1940 erschossen und Sluckij, den Chef der Auslandsabteilung, vergiftete man im Büro von Frinovskij.¹⁵²

Den Umfang der wiederholten »Säuberungen« in der Lubjanka kann man auch an der Tatsache ermessen, daß in der für die Durchführung der Massenrepression wichtigsten Abteilung – KRO (Spionageabwehr) – allein in den Jahren 1937/38 20 Abteilungs- und Gruppenleiter und 26 ihrer Stellvertreter verhaftet wurden, so daß das Personal dreimal ausgetauscht wurde.¹⁵³ Niedrige Ränge wurden in der Regel diverser Dienstvergehen (Fälschung von Verhörprotokollen, Folter usw.) beschuldigt und durch Tribunale der NKVD-Truppen verurteilt. Ranghöhere Tschekisten wurden aufgrund erfundener Anklagen (»Verschwörung«) verurteilt und nach der Verurteilung durch das Militärkollegium standrechtlich erschossen. Viele kamen dem erwarteten Schicksalsschlag durch Selbstmord zuvor, auch in der Moskauer Verwaltung. Sakovskij, seit Januar 1938 Chef des Moskauer NKVD, wurde im April 1938 degradiert und als Lagerkommandant in die Region Kujbyšev abgeschoben. Er, seine Frau und seine Schwester, eine NKVD-Mitarbeiterin, wurden nacheinander im August-September 1938 erschossen.¹⁵⁴ Vasilij Karutskij, der die Nachfolge von Sakovskij in Moskau antrat, brachte sich nach nur drei Wochen im Amt um.¹⁵⁵ Sein Amtsnachfolger Vladimir Cezarskij wurde nach drei Monaten auf eine Stelle als Lagerkommandant versetzt, anschließend verhaftet und mit vielen anderen führenden Tschekisten im Januar 1940 erschossen.¹⁵⁶ Die Amtszeit von dessen Nachfolger Aleksandr Žurbenko währte nur von September bis November 1938. Sein Todesurteil wurde im Februar 1940 vollstreckt.¹⁵⁷

In den Provinzen war das operative Personal strengen Strafen ausgesetzt, die von Entlassung bis zur Hinrichtung reichten. Die Bestrafung der entbehrlich gewordenen Folterer dürfte im wesentlichen davon abhängig gewesen sein, wie die wieder frei agierenden Parteiführer vor Ort über die Arbeit der »Organe« urteilten. Andererseits war Berija bemüht, die »Ehre der Uniform« seiner Tschekisten aufrechtzuerhalten und sie zu beschützen, wie Staatsanwälte 1939 in einem Beschwerdebrief an Ždanov beklagten.¹⁵⁸ Mitglieder des »operativen Sektors« des NKVD in Minusinsk (Provinz Krasnojarsk) beispielsweise wurden relativ milde bestraft. Im Oktober 1938 verurteilte sie die OSO wegen »im Dienst begangener Verbrechen« zu Lagerstrafen. Sie hatten in

¹⁵² Kokurin/Petrov: *Svobodnaja mysľ*, 6, 1997, S. 112–116.

¹⁵³ Rjabuchina: *Lubjanka 2*, S. 204.

¹⁵⁴ Razumov: *Leningradskij Martirolog*, Bd. 1, S. 677–678.

¹⁵⁵ Petrov/Skorkin: *Kto rukovodil NKVD*, S. 227.

¹⁵⁶ Ebenda, S. 432–433.

¹⁵⁷ Ebenda, S. 195.

¹⁵⁸ Knight, Amy: *Beria, Stalin's First Lieutenant*, Princeton 1993, S. 93–94.

betrunknem Zustand Massenhinrichtungen durchgeführt und mehrmals daneben geschossen. Die Verwundeten wurden schließlich mit Sprengkapseln zerfetzt oder mit einer Brechstange erschlagen. Sektorleiter Alekseev richtete von seinem Haftort aus Eingaben an Ežov und führte zu seinen Gunsten an, daß er »2300 Trotzlisten verhaften und 1500 von ihnen erschießen ließ«. Er wurde 1941 entlassen und das Urteil zwei Jahre später kassiert. Als Begründung wurden seine Verdienste bei den Organen, sein reumütiges Geständnis über die von ihm 1938 »begangenen Fehler«(!) sowie seine gute Arbeit im Straflager angeführt. Seine juristische Rehabilitierung wurde 1989 abgelehnt.¹⁵⁹

V. Schlußbemerkungen

Der gemeinsame Beschluß der Volkskommissare und des ZK der KPdSU(B) vom 17. November 1938, der die Beendigung von Massenoperationen anordnete, legte ausdrücklich fest, daß die »Säuberung« keineswegs abgeschlossen war. Künftig mußte der Untersuchungsapparat des NKVD gewisse Rechtsnormen (Bestätigung von Haftbefehlen durch die Staatsanwaltschaft, die korrekte Wiedergabe von Aussagen in Verhörprotokollen, Beschränkung der Dauer der Untersuchungshaft usw.) einhalten.¹⁶⁰ Aber in einem typischen Willkürakt gegenteiligen Charakters erlaubte Stalin weniger als zwei Monate später seinen Tschekisten, »körperliche Gewalt ... als außerordentliche Maßnahme« anzuwenden.¹⁶¹ Am Tag des deutschen Überfalls traten neue Repressionsmaßnahmen in Kraft. Die Entlassung von »Konterrevolutionären und Kriminellen aus Lagern, Gefängnissen und Kolonien« wurde unterbunden, der Abtransport von Deutschen, Polen und anderen (nicht definierten) Ausländern zur Sklavenarbeit angeordnet und die Verhaftung aller der »antisowjetischen Agitation« Verdächtigen verfügt.¹⁶² Zudem räumte man kurz darauf der einzigen noch existierenden außergerichtlichen Instanz, der Sonderberatung des NKVD, erstmals das Recht ein, auch Todesurteile zu fällen.¹⁶³

Somit geriet die *Jeshowschtschina* zur markantesten Zwischenstation eines staatlichen Repressionskontinuums, einer Art Interregnum des Grauens und der Brutalität, das eine sichtbare und eine verborgene Seite aufweist. Die bekannte Stoßrichtung der *Jeshowschtschina* traf den Partei- und Staatsapparat in einem von Stalin und seinen Mitstreitern inszenierten »gigantic coup d'état«.¹⁶⁴ Die »Strukturlosigkeit« totalitärer Regierungen mit »einer doppelten Autorität von Staat und Partei«, wobei wiederum die Beziehungen zwischen diesen Instanzen so formlos gewesen sind, daß

¹⁵⁹ Abdin: *Kniga pamjati ... Chakassija*, S. 465–466.

¹⁶⁰ DÖW: *Osterreicher im Exil – Sowjetunion*, S. 294–299, Übersetzung des russischen Originaldokuments nach *Istoričeskij archiv*, 1, 1992, S. 125–128.

¹⁶¹ Ebenda, S. 300–301, deutsche Übersetzung des russischen Originaldokuments nach *Izvestija CK KPSS*, 3, 1989, S. 145.

»niemand sich in ihnen auskennen kann« (Hannah Arendt)¹⁶⁵, führte dazu, daß auch der von seinen nächsten Mittätern als »Hausherr« (*chozjain*) titulierte Stalin nicht wußte, was seine Untergebenen eigentlich machten. Ausschlagend für sein Mißtrauen gegenüber leitenden bolschewistischen Kadern war, daß viele von ihnen seine Laufbahn zu gut kannten, um ihm widerspruchslos zu Diensten zu sein. Provinzfürsten der Partei mißtraute er auch aus einem aktuellen Grund: sie schufen eigene Machtbereiche, bauten Seilschaften auf und widersetzten sich den Direktiven aus Moskau. In seinem Schlußwort auf dem Februar-März-Plenum 1937 geißelte Stalin bezeichnenderweise diese Art von »Vetternwirtschaft«¹⁶⁶ und ließ im selben Jahr ein von ihm begutachtetes Schulbuch in Druck gehen, das Iwan den Schrecklichen rehabilitierte. Der Kremlführer sah sich selbst in der Tradition von Iwan dem Schrecklichen, sozusagen als Held im Kampf gegen übermächtige Parteipotenten (»Bojaren«), denen er mit Hilfe der Paladine des NKVD (Iwans *opričniki*) zu Leibe zu rücken gedachte.¹⁶⁷

Das vergleichsweise unterbelichtete zweite Gesicht des Massenterrors unter Stalin – Ežov wandte sich der Gesamtbevölkerung zu, die von »fremden Elementen« zu säubern war. Angesichts der Ende der 30er Jahre propagierten Homogenisierung der sowjetischen Gesellschaft unterlagen nicht integrierbare Gruppen einem denkbar einfachen Vernichtungsgrundsatz: Man verhaftete sie meist, weil sie Fremdartiges verkörperten und nicht weil sie einer konkreten Straftat verdächtigt wurden oder eine solche begangen hatten. Die Verhaftungstrupps der Polizei verfahren, wie schon erwähnt, meist nach der Fragebogenmethode (*po ankete*). Die notwendigen Angaben waren zuhauf vorhanden, da man bei jeder Eingabe an die sowjetische Bürokratie auch Nationalität, soziale Herkunft, sozialen Stand (vor und nach 1917), Parteizugehörigkeit und Tätigkeit im Bürgerkrieg (Dienst bei den weißen oder roten Truppen) angeben mußte.

Welche Konsequenzen haben diese neuen empirischen Ergebnisse für die Einschätzung des »Großen Terrors«? Vor allem sollte strikt zwischen *čistka* (Parteisäuberung) und Massenverhaftungen unterschieden werden. Bei der *čistka* handelt es sich 1935 bis 1938 um die bisher schärfste Folge eines Selbstreinigungsrituals, das nicht unbedingt, auch 1937/38 nicht, die Verhaftung nach sich zog. Bei den Massenverhaftungen haben wir es mit der intensivsten Repressionswelle der Stalinschen Epoche zu tun, einem umfassenden Vernichtungsprogramm, das wegen der Anzahl von Hinrichtungen in der sowjetischen Geschichte einmalig ist. Und, um es noch einmal zu unterstrei-

¹⁶² Ebenda, S. 303, deutsche Übersetzung von Weisung Nr. 221 des NKVD und der Staatsanwaltschaft vom 22. Juni 1941 nach Zajcev, Sbornik, S. 158).

¹⁶³ Kokurin/Petrov: Svobodnaja mysl', 6, 1997, S. 107.

¹⁶⁴ Malia, Martin: The Soviet Tragedy. A History of Socialism in Russia, 1917–1991, New York 1996, S. 244.

¹⁶⁵ Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Ausgabe Serie Piper. München, 4. Auflage, 1986, S. 618–619.

¹⁶⁶ Stalin, J. W.: Werke, Band 14, Dortmund 1976, S. 146–150.

¹⁶⁷ Tucker: Stalin. Revolution from Above, S. 276–282.

chen, *massoperacii*, der Motor der *Jeschowschtschina*, waren nicht in erster Linie gegen Parteikader, sondern gegen »traditionelle Feinde« gerichtet. Die Verfolgung von vermeintlichen Parteioppositionellen hatte überdies eine viel längere Geschichte und wurde von den Tschekisten im operativen Sinne anders gehandhabt. Verwiesen sei hier auf 383 von Ežov zusammengestellte und von Politbüro-Mitgliedern (einschließlich Stalin) gegengezeichnete Namenslisten, die, versehen mit den Ziffern »1« oder »2«, an das Geheimericht Militärkollegium weitergeleitet wurden. Auf dieser Grundlage entschied das Militärkollegium auf Tod durch Erschießen oder eine Lagerstrafe.¹⁶⁸ Führende Kader lokaler Gebietskörperschaften, der Landwirtschaft oder der Industrie wurden manchmal in speziell inszenierten Schauprozessen in den Provinzen abgeurteilt.¹⁶⁹

Die in den letzten Jahren gewonnenen Einsichten in die Lenkungsprozesse der Massenrepression bestätigten die Ansicht von Geoff Eley, daß die »revisionistische Schule« der Soviet Studies »an appraisal of the Stalinist state«¹⁷⁰ vermissen ließ, nämlich die Bedeutung der Ideologie als einer wesentlichen Triebkraft des Vernichtungsrundumschlags. Grundlegende Thesen und Behauptungen der sozialgeschichtlich orientierten »Revisionisten« sind meines Erachtens nicht mehr haltbar. Das trifft u. a. auf Gábor Rittersporns Ansicht zu, es sei unwahrscheinlich, daß »a well-planned action by the NKVD« oder der Stalin unterstellte Wunsch »to eliminate all his real, potential or imaginary enemies« Hauptmotive darstellen, die den Massenterror 1937 ausgelöst hätten.¹⁷¹

Einen noch offensichtlicheren Fall von veralteten und von russischen Forschern längst als haltlos bewiesenen Schlußfolgerungen bieten die Arbeiten des U. S.-amerikanischen Historikers Robert Thurston, der jahrelang die These vertrat, es habe in der Sowjetunion der 30er Jahre das Phänomen der Massenangst nicht gegeben.¹⁷² In seinem ausschließlich dem Terror in der Sowjetunion zwischen 1934 und 1941 gewidmeten Band, der 1996, also lange nach der Öffnung russischer Archive, auf den Markt kam, zog Thurston folgenden Schluß: das NKVD sei außer Kontrolle geraten und habe bei der Übererfüllung von Arrestquoten nicht Anweisungen aus Moskau befolgt, sondern auf in der Parteipresse gedruckte Hinweise reagiert.¹⁷³

Zwei weitere, in der Zunft der angelsächsischen Sowjetforscher hartnäckig vertre-

¹⁶⁸ Suwenirow, O. F.: Voennaja kolegija Verchovnogo Suda SSR (1937–1939 gg.). In: Voprosy Istorij, 4, 1995, S. 137–146.

¹⁶⁹ Siehe die reproduzierten Zeitungsberichte in Razumov: Leningradskij Martirolog, Bd. 1, zwischen Seite 192 und 193.

¹⁷⁰ Eley, Geoff: »History With the Politics Left Out – Again?« In: The Russian Review, 45 (1986), S. 394.

¹⁷¹ Rittersporn, Gábor T.: Stalinist Simplifications and Soviet Complications. Social Tensions and Political Conflicts in the USSR 1933–1953, Chur 1991, S. 113.

¹⁷² Siehe Thurstons Artikel und den Disput darüber mit Robert Conquest in: Slavic Review, 45 (1986), S. 213–234, 235–237, 238–244.

¹⁷³ Thurston, Robert W.: Life and Terror in Stalin's Russia 1934–1941, New Haven and London 1996, S. 77, 83.

tene Thesen halten einer neuerlichen Prüfung ebensowenig stand: Erstens, daß gesellschaftliche Eliten die Hauptzielgruppen des Großen Terrors waren bzw. von diesem am härtesten getroffen wurden; zweitens, daß ein »terror from below«, also die Partizipation des Volkes an der »Opferpräparierung«, ein wesentlicher Faktor gewesen ist. In ihrer verdienstvollen Alltagsgeschichte des Stalinismus (1999) meint Sheila Fitzpatrick, »what happened in 1937–38 affected the lower classes – excluding outcasts and marginals – much less than elites«¹⁷⁴. Abgesehen von der Tatsache, daß Fitzpatrick keine Beweise für ihre Behauptung anführt, außer daß sie auf die schlimme soziale Lage der kollektivierten Bauernschaft sowie auf das durch den Lohnverfall am Anfang und die Verschärfungen im Arbeitsrecht am Ende des Jahrzehnts verarmte Proletariat hinweist, hätte sie die Kenntnis der neuesten russischsprachigen Publikationen wohl dazu veranlaßt, zwischen lange andauernder Armut und physischer Auslöschung zu unterscheiden.¹⁷⁵

Nicht zustimmen kann man überdies der Meinung des deutschen Historikers Stefan Plaggenborg, unter Stalin habe es weder »ein Vernichtungsprogramm« noch »einen ideologisch angefeuerten Rassismus« gegeben.¹⁷⁶ Abgesehen von der systemimmanenten Repression gegen »Klassenfeinde«, läßt die Massenverfolgung von Ethnien und Ausländern während der *Jeshowschtschina* und im 2. Weltkrieg den Schluß zu, daß eine von großrussischem Chauvinismus und stalinistischer Staatsräson geprägte Machtpolitik die Diskriminierung »feindlicher« Völker bis zur physischen Auslöschung trieb oder diese etwa bei Deportationen in Kauf nahm. Der Unterschied zur Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten liegt u. a. darin, daß der stalinistische Terror funktional gehandhabt wurde, das heißt, er kehrte in gewissen Zeitabständen und in unterschiedlich starker Intensität wiederholt zurück. Letztlich scheint die Bemerkung angebracht, daß die Massenrepression vermeintlicher Gegner durch das kommunistische System die Bezeichnung Menschenvernichtung verdient, auch wenn sie nicht expressis verbis im bolschewistischen Parteikanon festgeschrieben war, sondern je nach politischer Lage dosiert eingesetzt wurde.

Es ist problematisch, dem Terror einen partizipatorischen Aspekt abgewinnen zu wollen. Den Urhebern dieser These ist offensichtlich der Unterschied zwischen Par-

¹⁷⁴ Fitzpatrick, Sheila: *Everyday Stalinism. Ordinary Life in Extraordinary Times: Soviet Russia in the 1930s*, Oxford 1999, S. 192.

¹⁷⁵ Im wissenschaftlichen Apparat ihres Bandes (Anmerkung 3, S. 261) schreibt Professor Fitzpatrick, daß »the severity of the 1937–38 terror against marginals ... has only recently become known«. Sie verweist dabei auf Chlebnjuks Darstellung der »Quotenvergabe« für Verhaftungen durch das Politbüro, geht aber auf diese für die Geschichte der *Ežovščina* wichtigen Mechanismen nicht näher ein. Die andere Hinweise in der Fußnote beziehen sich auf englischsprachige Quellen – »conference papers«, ungedruckte Manuskripte und einen Zeitschriftenartikel.

¹⁷⁶ Plaggenborg, Stefan (Hg.): *Stalinismus. Neue Forschungen und Konzepte*, Berlin 1998, S. 73. Vgl. dazu Ralf Zwengels kritische Bemerkungen zu Plaggenborgs Ausführungen im Sammelband: *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK)*, Heft 4, 1999, S. 571 f.

teisüberungen und Massenverhaftungen nicht geläufig. Wissenschaftlich längst verbürgt ist der Umstand, daß »einfache« Parteimitglieder oder »Bolschewiki ohne Parteibuch« während der nach dem Februar-März-Plenum 1937 einberufenen Versammlungen zur Wahl neuer Ortsvorstände der KPdSU(B) ihren Meinungen freien Lauf lassen konnten. Sie nahmen aber an inszenierten Scherbengerichten teil, die oft im Beisein eines Moskauer Säuberungsgesandten über die Bühne gingen.¹⁷⁷ Die örtlichen Parteifunktionäre standen ohnehin auf der Abschußliste und die Kritik hatte eher Ventilfunktion. Solche Wortmeldungen waren aber aus einem anderen Grund ohne Konsequenz: die Kritiker hatten sich »speaking Bolshevik« (Stephen Kotkin) zu eigen gemacht, das heißt, sie wußten, was man von ihnen erwartete, und äußerten sich dementsprechend.¹⁷⁸

Inwieweit zwischen Denunziationen aus Gründen der »Wachsamkeit«, des sozialen oder des beruflichen Neides und den 1937/38 vorgenommenen Verhaftungen ein kausaler Zusammenhang besteht, ist derzeit nicht zu klären. Diese Frage wird möglicherweise immer offenbleiben – solche Denunziationen, die in einem parallel zur Strafakte geführten Dossier abgelegt wurden, unterliegen heute noch der Geheimhaltung. Archivmaterial solchen Inhalts in bezug auf Parteimitglieder ist manchmal zugänglich, aber die Schreiben an das NKVD sind oft keine Denunziationen im herkömmlichen Sinne, sondern Beteuerungen der Loyalität gegenüber den »Organen«, gepaart mit Mitteilungen über die bereits verhafteten Kader.¹⁷⁹ Die Technologie des Terrors läßt eher den Schluß zu, daß (da die Mehrheit der Opfer nach Registratur- oder Fragebogenangaben in Haftlisten eingetragen wurde) zusätzliches Belastungsmaterial den imaginären »Straftatbestand« nicht wesentlich beeinflusste; dem Inhalt jener Strafakten nach zu urteilen, die im ersten Quartal 1938 vom Moskauer UGB-NKVD über österreichische Schutzbündler angelegt und vom Autor eingesehen wurden, interessierte das »Vorleben« des Häftlings seine Peiniger kaum, auch die Kaderurteile der KPÖ nicht. Es ging ausnahmslos darum, dem Untersuchungshäftling ein Geständnis abzupressen, daß er oder sie »Spion« sei.¹⁸⁰ In diesem Zusammenhang gilt es, den Satz von Hannah Arendt in Erinnerung zu rufen: »In jedem Fall ist das ›Verbrechen‹ früher als die Aufspürung des Verbrechers.«¹⁸¹ Eine russische Volksweisheit drückt die Opferselktion etwas anders, aber genauso treffend aus: »Gib mir den Mann, ein Paragraph wird sich schon finden lassen« (*Byl by čelovek, paragraf najdetsja*).

Sieht man von überzeugten oder involvierten Stalinisten ab, lenkten weder soziale

¹⁷⁷ Siehe die diesbezüglichen Berichte aus den Provinzen an Stalin aus der Feder von Politbüro-Mitglied Andreev in: Kvašonkin: *Sovetskoe rukovodstvo*, S. 364 ff.

¹⁷⁸ Kotkin, Stephen: *Magnetic Mountain. Stalinism as a Civilisation*, Berkeley 1995, S. 316–332.

¹⁷⁹ Beispielsweise der Schriftverkehr aus der Zentrale der Internationalen Roten Hilfe (MOPR), der im Moskauer Staatsarchiv GARF zugänglich ist, besonders die Mappen 8265/4: 57,58.

¹⁸⁰ McLoughlin, Barry: *Todespolygon: Österreicher im Butowoe Massengrab*. In: *Jahrbuch 1995 des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes*, Wien 1995, S. 138–152.

¹⁸¹ Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, S. 654.

Prozesse von unten noch eine populäre Stimmung die an spezifischen Opferkriterien orientierten Verhaftungen der Jahre 1937/38, zumal die Operationen der Geheimpolizei geheim abliefen und nur dann publik wurden, wenn prominente »Volksfeinde« vor Gericht (Schauprozesse) standen oder man sie schon vorher parteimäßig »hingerichtet« hatte. Es ist auch anzunehmen, daß diejenigen, die in den öffentlichen Meetings anlässlich der großen Schauprozesse ihre Zustimmung zu den Todesurteilen demonstrierten, am Höhepunkt der *Jeshowschtschina* von ganz anderen Gefühlen heimgesucht wurden. Lähmende Angst und Entsetzen, gepaart mit Verständnislosigkeit, dürften auch die loyalsten Anhänger des Regimes befallen haben, als die Reihe an sie selbst, ihre Familie, Freunde, tadellose Nachbarn und Arbeitskollegen kam. Eingedenk des fünfzigprozentigen Anteils von Todesurteilen in allen abgeschlossenen Untersuchungsfällen, zielte die *Jeshowschtschina* in erster Linie auf die Vernichtung von Menschen ab und nicht auf deren Bestrafung, wie es bei den Ausweisungen und Deportationen in den Jahren zuvor der Fall gewesen war. Außerdem kamen zur Strafarbeit verurteilte Häftlinge in ein Lagersystem, das nicht auf sie vorbereitet war.¹⁸² So stieg die Sterblichkeit unter den Gulag-Insassen um das Vierfache zwischen 1937 und 1938.¹⁸³ Der Massenterror unter Ežov war nicht einmal in zweiter Linie eine Maßnahme für die Belieferung des Archipels Gulag mit Sklavenarbeitern. Auch die Massenexekutionen an bereits einsitzenden Lagerhäftlingen sprechen gegen irgendeine ökonomische Rationalität in der Verurteilungspraxis des Ežovschen NKVD. Sogar im herrschaftssichernden Sinne erwiesen sich die Massenmorde letztendlich als kontraproduktiv. Es fehlte überall im Land an kompetenten Kadern, weil beispielsweise in Moskau bereits Anfang 1938 ein Sechstel des Personals der Akademie der Wissenschaften und jeweils dreißig bis vierzig medizinische Experten in Odessa und Kiev innerhalb weniger Tage im Herbst 1937 in Haft genommen worden waren.¹⁸⁴ Die Qualität der »Ersatzkader« im Partei- und Militärapparat wurde von einzelnen Mitgliedern des Politbüros in der Endphase des Massenterrors kritisiert.¹⁸⁵ Das war eines der zahlreichen Zeichen dafür, daß die Partei dabei war, die Hegemonie über ihr »Schild und Schwert« wiederzuerlangen.

(Für die Veröffentlichung bearbeitet von Wladislaw Hedeler)

¹⁸² Zur Rolle des Gulag-Systems unter Ežov siehe Chlewnjuk: Das Politbüro, S. 265–269.

¹⁸³ Getty a. o.: Victims of the Soviet Penal System, S. 1037.

¹⁸⁴ Žuravlev i. d.: Obščestvo i Vlast', S. 181–182.

¹⁸⁵ Starkov, Boris A.: Narkom Ezhov. In: Getty/Manning, Stalinist Terror, S. 37–38.